FINANZ LEXIKON

Volksbanken
Raiffeisenbanken

FINANZLEXIKON

Von Abbuchungsauftrag bis Zinseszinsen.

Volksbanken
Raiffeisenbanken

WISSEN SCHAFFT UNABHÄNGIGKEIT

Dieses Finanzlexikon kann Ihnen dabei helfen, finanzwirtschaftliche Begriffe besser zu verstehen, denn Wissen schafft Unabhängigkeit und finanzielle Unabhängigkeit ist die beste Voraussetzung, um dauerhaft eigene Pläne zu verwirklichen. Dabei unterstützen wir Sie partnerschaftlich und je früher Sie anfangen, die finanzielle Basis zu schaffen, desto schneller erreichen Sie Ihre Ziele und Wünsche.

Als Genossenschaftsbank, die von ihren Mitgliedern getragen wird, richten wir unser Handeln auf deren Bedürfnisse aus. Wir legen besonderen Wert darauf, Sie immer aufrichtig, genossenschaftlich und vor allem verständlich zu beraten, um Sie bei der Verwirklichung Ihrer Ziele und Wünsche optimal und individuell zu unterstützen. Was auch immer Sie antreibt: Wir machen den Weg frei.

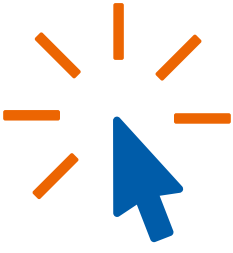
Lassen Sie sich jetzt genossenschaftlich beraten. Unsere Berater in über 13.000 Filialen freuen sich auf ein persönliches Gespräch.

Film

QR-CODE EINSCANNEN
UND MEHR ERFAHREN.

VERSTÄNDLICH ERKLÄRT:
„GENOSSENSCHAFTLICHE BERATUNG FÜR JUNGE KUNDEN“

ALLE FILME ONLINE SEHEN
AUF **VR.DE**



Weiterführende Informationen finden Sie auch auf unseren Portalen im Internet:

www.vr.de
Das Internetportal der Volksbanken Raiffeisenbanken.

www.werte-schaffen-werte.de
Erfahren Sie mehr über unsere Genossenschaftliche FinanzGruppe Volksbanken Raiffeisenbanken.

www.jugend-und-finanzen.de
Das Schulserviceportal „Jugend und Finanzen“ der Volksbanken Raiffeisenbanken bietet Lehrern, Eltern und interessierten Verbrauchern Informationen und Unterrichtsmaterial zur Finanzbildung.

HINWEIS

Die im Text mit Blau hervorgehobenen Begriffe verweisen auf andere Einträge im Finanzlexikon.

Von Abbuchungsauftrag bis Ausschüttung.

A

ABBUCHUNGSAUFTRAG
ist ein schriftlicher Auftrag, damit z. B. eine Firma Geld von einem fremden Konto abbuchen darf.

ABBUCHUNGSAUFTRAG

Ein Lastschriftmandat (siehe auch Lastschrift) für Lastschriften im Abbuchungsauftragslastschriftverfahren. Der Zahlungspflichtige (Zahler) beauftragt (autorisiert) seine kontoführende Bank schriftlich damit, dass ein namentlich benannter Zahlungsempfänger, zum Beispiel die Müller AG, Geld von seinem Girokonto abbuchen darf. Die Bank des Zahlungspflichtigen (Zahlers) muss dabei bei jeder Abbuchung die Vorlage eines solchen Abbuchungsauftrags überprüfen. Eine Lastschrift mit Abbuchungsauftrag wird normalerweise nur im Firmenkundengeschäft verwendet, da eine Rückgabe der Buchung (Widerspruch) nicht möglich ist, solange der Abbuchungsauftrag existiert.

ABBUCHUNGSAUFTRAGSLASTSCHRIFTVERFAHREN

Das Abbuchungsauftragslastschriftverfahren ist die derzeit insbesondere in Deutschland im Bereich der Firmenkunden oft genutzte Lastschriftart und basiert auf der Nutzung der Kundenkennungen

Kontonummer und Bankleitzahl. Das Lastschriftmandat ist der Abbuchungsauftrag.

Genutzt wird es zum Beispiel für Zahlungen im Firmenbereich, etwa bei Tankstellenketten, um die Rechnung der Lieferung der Raffinerie zu bezahlen. Es handelt sich im Allgemeinen um höhere Geldbeträge.

Der Zahlungspflichtige (Zahler) beauftragt (autorisiert) seine kontoführende Bank schriftlich damit, dass ein namentlich benannter Zahlungsempfänger, zum Beispiel die Müller AG, Geld von seinem Girokonto abbuchen darf. Die Bank des Zahlungspflichtigen (Zahlers) muss bei jeder Abbuchung die Vorlage eines solchen Abbuchungsauftrags überprüfen.

Eine Lastschrift mit Abbuchungsauftrag wird normalerweise nur im Firmenkundengeschäft verwendet, da eine Rückgabe der Buchung (Widerspruch) nicht möglich ist, solange der Abbuchungsauftrag existiert. Im Zuge der Umsetzung von SEPA ist geplant, das Abbuchungsauftragslastschriftverfahren durch das SEPA-Firmen-Lastschriftverfahren mittelfristig zu ersetzen.

ABGELTUNGSTEUER

Die Besteuerung der Erträge aus privaten Kapitalanlagen (zum Beispiel Zinsen, Dividenden, Stillhalterprämien, Veräußerungsgewinne von Wertpapieren, auch Fondsanteilen) erfolgt mit einem einheitlichen Steuersatz von 25 Prozent zuzüglich Solidaritätszuschlag und gegebenenfalls Kirchensteuer. Der Kapitalertragsteuerabzug erfolgt durch die inländische Bank und hat beim Privatanleger in der Regel abgeltende Wirkung.

A

AKTIE

Wertpapier, mit dem der Inhaber Anteilsrechte am Grundkapital eines Unternehmens hat.

ABSCHWUNG

siehe Rezession

AKTIE

Wertpapier, mit dem der Inhaber (Aktionär) Anteilsrechte am Grundkapital (Eigenkapital) eines Unternehmens (Aktiengesellschaft) hat. Es gibt verschiedene Arten von Aktien. Sofern die Aktiengesellschaft an einer Börse notiert ist, wird der Preis für eine Aktie, der sogenannte Kurs, laufend ermittelt.

AKTIENGESELLSCHAFT (AG)

Kapitalgesellschaft, deren Gesellschafter (Aktionäre) über den Kauf von Aktien am Grundkapital beteiligt sind. Für Verbindlichkeiten des Unternehmens haften die Gesellschafter bis zur Höhe ihrer Beteiligung. Aktionäre besitzen als Mitgesellschafter an dem Unternehmen Rechte, mit denen sie auf Unternehmensentscheidungen einwirken können. Gesetzliche Grundlage ist das Aktiengesetz (AktG).

AKTIENKURS

Preis einer Aktie, der sich nach Angebot und Nachfrage richtet und sich dementsprechend ändern kann. Angebot und Nachfrage werden durch verschiedene Faktoren beeinflusst, zum Beispiel durch die gesamtwirtschaftliche Situation, die Branchenperspektive und die Gewinn- und Zukunftsaussichten der Aktiengesellschaft. Bei börsennotierten Aktiengesellschaften wird der Aktienkurs an der Börse laufend ermittelt.

ALTERSVORSORGE

Darunter versteht man die Absicherung des Lebensstandards für die Zeit nach dem aktiven Berufsleben, das heißt die Sicherstellung eines Einkommens für die Zeit nach dem Wegfall des Lohn- und Gehaltseinkommens. Die Altersvorsorge basiert in Deutschland auf drei Säulen:

- der gesetzlichen Rentenversicherung
- der betrieblichen Altersversorgung
- der privaten Altersvorsorge

Aus diesem Grund wird das System der Altersvorsorge auch Drei-Säulen-Modell genannt.

A

Die gesetzliche Rentenversicherung ist ein Zweig der gesetzlichen Sozialversicherung und damit eine Pflichtversicherung. Arbeitgeber und Arbeitnehmer teilen sich den Beitrag, der in die gesetzliche Rentenversicherung eingezahlt wird. Dieser beträgt derzeit (Stand 2013) insgesamt 18,9 Prozent des sozialversicherungspflichtigen Bruttogehalts (maximal bis zu einer bestimmten Obergrenze – der sogenannten Beitragsbemessungsgrenze). Um eine Altersrente aus der gesetzlichen Rentenversicherung zu erhalten, müssen die Arbeitnehmer ein bestimmtes Alter erreicht haben und eine bestimmte Zeit lang versichert gewesen sein.

Die betriebliche Altersversorgung, auch Betriebsrente genannt, ist eine wichtige Ergänzung zur gesetzlichen Rente und die zweite Säule im Drei-Säulen-Modell. So kann jeder Arbeitnehmer, der in der gesetzlichen Rentenversicherung pflichtversichert ist, von seinem Arbeitgeber verlangen, dass ein Teil seines Lohns oder Gehalts für die betriebliche Altersversorgung verwendet wird. Aktuell gibt es mit der Direktversicherung, der Pensionskasse, dem Pensionsfonds, der Pensionszusage und der Unterstützungskasse fünf Durchführungswege in der betrieblichen Altersversorgung. Der Arbeitnehmer kann dabei mitunter auch Steuervorteile und Reduzierungen in der Sozialversicherungspflicht nutzen. Entscheidend ist, selbst aktiv zu werden und den eigenen Arbeitgeber anzusprechen.

Für eine umfassende Altersvorsorge, die sicherstellt, dass der gewohnte Lebensstandard auch nach dem Erwerbsleben beibehalten werden kann, wird es immer wichtiger, selbst und freiwillig für das Alter vorzusorgen. Eine private Altersvorsorge als dritte Säule der Altersvorsorge kann dabei helfen, die Lücke zwischen dem letzten Arbeitseinkommen und der gesetzlichen Rente zu schließen. Dabei kann jeder Einzelne entsprechend seiner aktuellen Lebenssituation ein privates Vorsorgepaket zusammenstellen. Hier kommen verschiedene Vertragsformen

wie Banksparpläne, Investmentfonds, Wertpapieranlagen oder kapitalbildende Renten- bzw. Lebensversicherungen infrage.

Im Gegensatz zur gesetzlichen Altersversorgung, die auf dem Umlageverfahren fußt, bei dem die Erwerbstätigen mit ihren Beiträgen die laufenden Renten zahlen, basieren betriebliche Altersversorgung und private Altersvorsorge auf dem Kapitaldeckungsverfahren. Hier werden die während der Vertragslaufzeit eingezahlten Beiträge in einer festgesetzten Höhe auf einem persönlichen Konto verbucht. Hinzu kommen Zinsen und Zinseszinsen sowie bei Versicherungsverträgen gegebenenfalls die von den Versicherungsunternehmen erwirtschafteten Überschüsse. Bei Versicherungsverträgen kann die Versicherungsleistung zum Zeitpunkt der Fälligkeit entweder einmalig in einer einzigen Summe oder als monatliche Rente ausbezahlt werden.

Seit der Rentenreform 2001/2002 kann auch zur privaten Altersvorsorge eine staatliche Förderung genutzt werden, wenn sogenannte Riester-Verträge abgeschlossen werden und über diese gespart wird. Dies kann eine sinnvolle Ergänzung des persönlichen Altersvorsorgepakets darstellen.

Film

QR-CODE EINSCANNEN
UND MEHR ERFAHREN.

VERSTÄNDLICH ERKLÄRT:
„ALTERSVORSORGE“

ALLE FILME ONLINE SEHEN
AUF **VR.DE**

A

ANLAGE

Investitionen von Geldbeträgen mit dem Ziel, einen Wertzuwachs bzw. einen Ertrag zu erwirtschaften.

QR-CODE EINSCANNEN UND MEHR ERFAHREN.

VERSTÄNDLICH ERKLÄRT: „VERMÖGEN“

ALLE FILME ONLINE SEHEN AUF **VR.DE**

ANLAGE (GELDANLAGE)

Investitionen von Geldbeträgen mit dem Ziel, einen Wertzuwachs bzw. einen Ertrag zu erwirtschaften. Das Geld kann beispielsweise auf einem Sparbuch angelegt, Sparbriefe können gekauft, Investmentfonds oder Wertpapiere in Form von Aktien oder Anleihen erworben werden. Die Anlageformen unterscheiden sich in Rendite, Liquidität (Verfügbarkeit) und Risiko.

ANLEIHE (AUCH FESTVERZINSLICHES WERTPAPIER)

Mit der Ausgabe von Anleihen leihen sich Unternehmen oder die öffentliche Hand (zum Beispiel Bundesanleihen) Geld. Der Kurs einer Anleihe, die an einer Börse gehandelt wird, drückt sich im Gegensatz zu einem Aktienkurs, der in Geld angegeben wird, in Prozent ihres Nominalbetrags aus.

ANTEILSCHEIN

Wertpapier, in dem die Ansprüche des Anteilinhabers gegenüber der Kapitalanlagegesellschaft verbrieft sind. Anteilscheine lauten über einen oder mehrere Anteile.

AUSSCHÜTTUNG

Viele Fonds und Aktiengesellschaften schütten die erwirtschafteten Erträge (Zinsen, Dividenden, Mieteinnahmen) an ihre Anleger aus. Eine eingetragene Genossenschaft schüttet in der Regel Dividenden an ihre Mitglieder aus.

Von Bank bis Bürgschaft.

B

BANKENAUFSICHT
überwacht die Geschäftstätigkeit der Kreditinstitute.

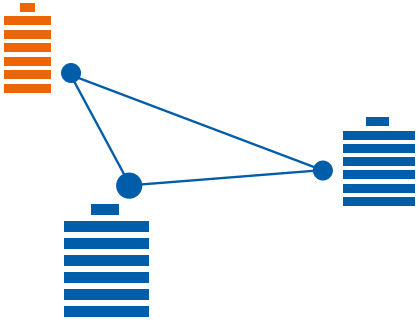
BANK (KREDITINSTITUT)

Banken sind spezialisierte Unternehmen, die unterschiedliche Dienstleistungen rund ums Geld erbringen, zum Beispiel bargeldlosen Zahlungsverkehr, Geldanlage, Kreditvergabe, Wertpapierleistungen, Anleihen, Versorgung der Wirtschaft und von Privatpersonen mit Bargeld. Banken übernehmen innerhalb des Geld- und Wirtschaftskreislaufs eine wichtige Funktion, da sie als Mittler zwischen Kapitalgebern und Kapitalnehmern für einen Ausgleich der Interessen sorgen. In der Wirtschaftssprache bezeichnet man Banken daher auch als Finanzintermediäre.

BANKENAUFSICHT

Die Bankenaufsicht ist eine staatliche Aufgabe, in deren Rahmen unter anderem die Geschäftstätigkeit der Kreditinstitute überwacht wird, da sie eine zentrale Stellung im Geldkreislauf einnehmen. Das primäre Ziel der staatlichen Bankenaufsicht in Deutschland besteht darin, ein funktionsfähiges, stabiles und integres Finanzsystem zu gewährleisten. Zu diesem Zweck ist in der Bundesrepublik Deutschland 1961 das

Gesetz über das Kreditwesen (KWG) in Kraft getreten. Es überlässt den Geschäftsführern der Kreditinstitute die unternehmerischen Einzelentscheidungen, beschränkt deren Tätigkeit aber durch Rahmenvorschriften. Die Einhaltung dieser Vorschriften wird von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) und der Deutschen Bundesbank überwacht.



BANKENSYSTEM
beschreibt die grobe Aufteilung in drei unterschiedliche, miteinander im Wettbewerb stehende Bankentypen.

BANKENSYSTEM

Zum Bankensystem gehören die Zentralbank und die Geschäftsbanken. In Deutschland besteht das System der Geschäftsbanken aus dem sogenannten Drei-Säulen-Modell. Es beschreibt die grobe Aufteilung in drei unterschiedliche, miteinander im Wettbewerb stehende Bankentypen. Die drei Säulen sind die Genossenschaftsbanken (Volksbanken und Raiffeisenbanken, Sparda- und PSD Banken sowie genossenschaftliche Spezialinstitute), die öffentlich-rechtlichen Sparkassen sowie die Privatbanken (meist Großbanken). Die Unterschiede bestehen grob gesagt in der Rechtsform und dem Geschäftsmodell.

B

BANK IDENTIFIER CODE (BIC), NEU AUCH BUSINESS IDENTIFIER CODE

Internationale Bankleitzahl: BIC steht für Bank Identifier Code bzw. seit Ende 2010 für Business Identifier Code und ist der international standardisierte Bankcode, vergleichbar mit der Bankleitzahl in Deutschland. Der BIC, oftmals auch als SWIFT-Code bezeichnet, wird neben der IBAN als zweites Identifikationsmerkmal für die jeweils kontoführende Bank zur Weiterleitung von Zahlungen benötigt.

Mit dem BIC können Kreditinstitute weltweit eindeutig identifiziert werden. Der BIC ist entweder acht oder elf Stellen lang. An der fünften und sechsten Stelle ist ein Länderkennzeichen zu finden (zum Beispiel DE für Deutschland).

Der BIC einer Bank steht oft auf dem Kontoauszug oder kann im Online-Portal jeder Bank nachgelesen werden. Den BIC der Zahlungsempfänger können Kunden ihren Rechnungen entnehmen.

BANKKARTE

Die Bankkarte ermöglicht die bargeldlose Durchführung unterschiedlicher Zahlungen (englisch: to debit = belasten). Man nennt sie Debitkarte oder girocard. Umgangssprachlich wird die Bankkarte in Deutschland oftmals noch ec-Karte genannt.

BANKLEITZAHL (BLZ)

Die Bankleitzahl (BLZ) wurde 1970 vom deutschen Kreditgewerbe und der Deutschen Bundesbank mit dem Ziel eingeführt, den bargeldlosen Zahlungsverkehr automatisieren zu können. Sie ist die Adresse der

Kreditinstitute in Deutschland und besteht aus einer achtstelligen Nummernfolge. Mit der geplanten Umsetzung des EU-Binnenmarkts und des einheitlichen Euro-Zahlungsverkehrsraums SEPA wird zukünftig die BLZ durch den Bank Identifier Code (BIC) ersetzt. Er ist ebenfalls auf Überweisungsträgern und der eigenen Bankkarte ersichtlich.

BARGELD

Banknoten und Münzen. Banknoten sind Geldscheine (Papiergeld), Münzen sind geprägte Metallstücke (Hartgeld). Münzen stellen eine Ergänzung des Banknotenumlaufs für kleine Zahlungen dar.

BARGELDLOSER ZAHLUNGSVERKEHR

Das Übertragen von Zahlungsmitteln ohne Bargeld.

BARGELDLOSER ZAHLUNGSVERKEHR

Der bargeldlose Zahlungsverkehr bezeichnet das Übertragen von Zahlungsmitteln ohne Bargeld. Er wird auch unbarer Zahlungsverkehr genannt – im Gegensatz zum Barzahlungsverkehr mit Bargeld.

Grundsätzlich kann zwischen zwei Formen des bargeldlosen Zahlungsverkehrs unterschieden werden: dem Überweisungsverkehr (sogenannte Schubzahlungen oder „push payments“) und dem Einziehungs- oder Inkassoverkehr (sogenannte [Ein-]Zugzahlungen oder „pull payments“).

Es kann zusätzlich zwischen dem beleghaften, zum Beispiel Überweisungsbeleg, und dem nicht beleghaften Zahlungsverkehr, zum Beispiel Online-Banking, unterschieden werden.

Voraussetzung für den bargeldlosen Zahlungsverkehr ist, dass beide Beteiligte (Zahler und Zahlungsempfänger) über ein Bankkonto (Girokonto) verfügen.

Zu den Instrumenten des bargeldlosen Zahlungsverkehrs gehören Überweisungen, Lastschrift und Kartenzahlung (Bankkarten/Debitkarten, Kreditkarte und Geldkarten). Ebenso können Zahlungen mit Scheck erfolgen.

BARRESERVE

Bestand der Banken an Bargeld (Guthaben) bei der Zentralbank.

BAUSPAREN

Bausparen ist eine Art der finanziellen Vorsorge und der Geldanlage für private Haushalte. Es dient in erster Linie der Immobilienfinanzierung und hat das gemeinschaftliche Zwecksparen als Grundidee. Hauptmerkmal ist, dass von der gesamten Bausparsumme ein bestimmter Prozentsatz als Mindestguthaben angespart wird. Der restliche fehlende Teil wird danach als Bauspardarlehen gewährt.

Beim Bausparen werden vom Staat finanzielle Vergünstigungen in Form von Wohnungsbauprämien oder Steuervorteilen gewährt.

Das Bausparen wird mit einem Bausparvertrag, den der Bausparer (Anleger) mit einer Bausparkasse abschließt, geregelt. Darin sind unter anderem die Bausparsumme, die sich aus Guthaben und Darlehen zusammensetzt, die Sparrate, also der Rhythmus der Einzahlungen, das durch die Anlage anzusparende Mindestguthaben, die Mindestvertragsdauer, die Mindestsparzeit und die Zinsen für die Rückzahlung und das zu sparende Mindestguthaben festgelegt.

Das Bausparen gliedert sich in drei Phasen:

- Sparphase: Hier wird vom Bausparer das für die nächste Phase notwendige Mindestguthaben angespart und verzinst. Dabei kann er wählen, in welchem Rhythmus er die Beträge auf sein Bausparkonto einzahlen möchte (zum Beispiel monatlich, vierteljährlich, jährlich).
- Zuteilungsphase: Nach der Ansparung des Mindestguthabens durch den Bausparer erfolgt die Zuteilung des Bausparvertrags. Hier kann sich der Anleger nun das angesparte und verzinste Guthaben und auch das Darlehen, auf das jeder Bausparer einen Rechtsanspruch hat, auszahlen lassen. Dieses besteht nach dem genossenschaftlichen Prinzip im Wesentlichen aus den Guthaben anderer Bausparer, die noch keine Zuteilung erhalten haben.
- Darlehensphase: Hier wird das bereitgestellte Darlehen genau wie ein Kredit mit Zinsen, die im Bausparvertrag vorab festgelegt wurden, zurückgezahlt (getilgt).

BAUSPARKASSEN

Bausparkassen sind Spezialbanken zur Finanzierung von Bauvorhaben.

B

BILANZ

Gegenüberstellung von Vermögensgegenständen und Eigen- und Fremdkapital in Kontenform. Die Bilanz gibt Auskunft über die Herkunft (Passiva) und die Verwendung des Kapitals eines Unternehmens (Aktiva).

BÖRSE

Eine Börse bezeichnet einen organisierten Markt, auf dem regelmäßig zu festgelegten Zeiten bestimmte Güter gehandelt werden. Bei diesen Gütern handelt es sich unter anderem um

- Wertpapiere wie Aktien oder Anleihen
- Devisen
- Edelmetalle wie Gold oder Silber und Edelsteine wie Diamanten
- Waren und Rohstoffe wie Getreide, Vieh, Kakao, Kaffee, Rohöl oder Strom

Eine Börse erfüllt folgende zentrale Aufgaben:

- Zusammenführung von Angebot und Nachfrage (Marktfunktion)
- Schaffung und Bereitstellung eines Umfelds, in dem Unternehmen durch die Herausgabe von Wertpapieren Kapital aufnehmen können (Mobilisationsfunktion)
- Gewährleistung von Verkaufs- und Übertragungsmöglichkeiten von Wertpapieren zu jeder Zeit (Substitutionsfunktion)
- Ermittlung des aktuellen Marktpreises für Aktien (Bewertungsfunktion)

Die wichtigsten Wertpapierbörsen der Welt sind die New York Stock Exchange sowie die Börsen in London und Tokio. Die größte Rohstoffbörse der Welt hat ihren Sitz in Chicago. Die größte Wertpapierbörse Deutschlands befindet sich in Frankfurt am Main. Weitere deutsche Börsenplätze gibt es in Berlin, Düsseldorf, Hamburg, Hannover, München, Stuttgart und Leipzig.

BÖRSENKURS

siehe Börsenpreis

BÖRSENPREIS

Der Begriff bezeichnet den Preis für ein an der Börse gehandeltes Gut, zum Beispiel ein Wertpapier. Umgangssprachlich wird er auch als Börsenkurs bezeichnet. Der Börsenpreis richtet sich nach Angebot und Nachfrage und spiegelt die Erwartung der Marktteilnehmer an die zukünftige Entwicklung wider.

BONITÄT

Bezeichnet die Kreditwürdigkeit einer Person oder eines Unternehmens und damit die Fähigkeit und Bereitschaft, einen zur Verfügung gestellten Geldbetrag zurückzuzahlen. Je besser die Bonität ist, desto eher erhält man einen Kredit und umgekehrt.

BRIEFKURS

Der Preis bzw. Kurs, zu dem Verkäufer bereit sind, Wertpapiere zu verkaufen.

BRIEFKURS
Der Verkaufspreis von Wertpapieren.

B

BRUTTOINLANDSPRODUKT (BIP)

Das Bruttoinlandsprodukt misst den Wert der im Inland hergestellten Waren und Dienstleistungen (Wertschöpfung), soweit diese nicht als Vorleistungen für die Produktion anderer Waren und Dienstleistungen verwendet werden. Das bedeutet, dass zum Beispiel Einzelteile, die zur Herstellung eines Endprodukts benötigt werden, nicht extra in die Berechnung des BIP einfließen, sondern im Gesamtwert des Endprodukts enthalten sind. Wenn das BIP zunimmt, spricht man von Wirtschaftswachstum.

BUNDESANSTALT FÜR FINANZDIENSTLEISTUNGSAUFSICHT (BAFIN)

Die Hauptaufgabe der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht ist die Aufsicht über Institute, Versicherungen und den Handel mit Wertpapieren in Deutschland. Damit sollen die Funktionsfähigkeit, Integrität und Stabilität des deutschen Finanzsystems sichergestellt werden.

BUNDESBANK

siehe Deutsche Bundesbank

BÜRGSCHAFT

Durch den Abschluss eines Bürgschaftsvertrages verpflichtet sich der Bürge gegenüber dem Gläubiger eines Dritten, also beispielsweise gegenüber der Bank, für die Erfüllung der im Bürgschaftsvertrag genannten Verbindlichkeiten des Dritten einzustehen.

BRUTTOINLANDS-PRODUKT ▲

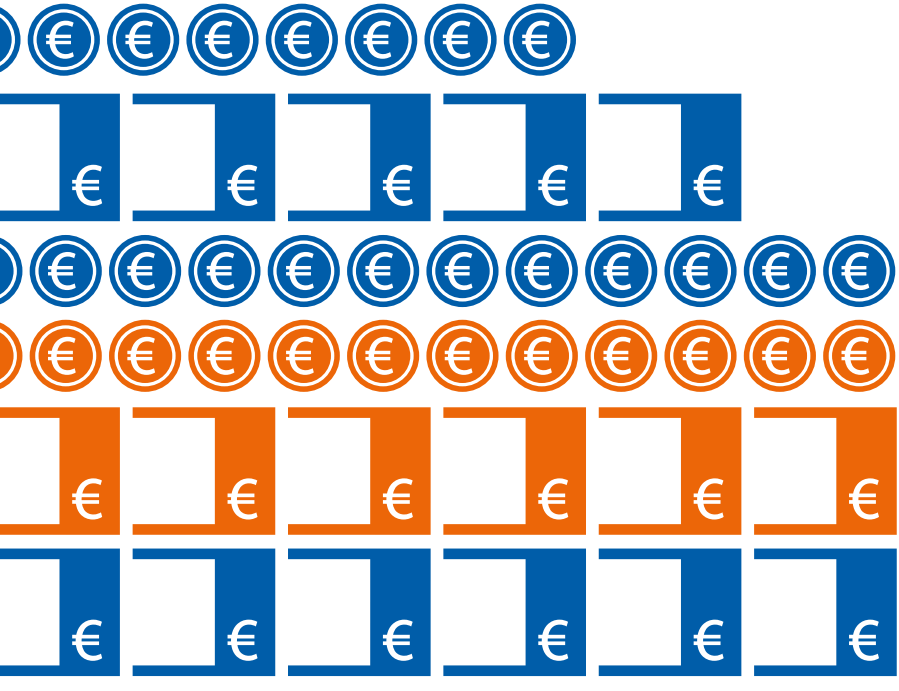
Wert aller Waren und Dienstleistungen, die im Inland in einem Jahr hergestellt werden.

Von Cash
bis chipTAN-Verfahren.

C

CASH

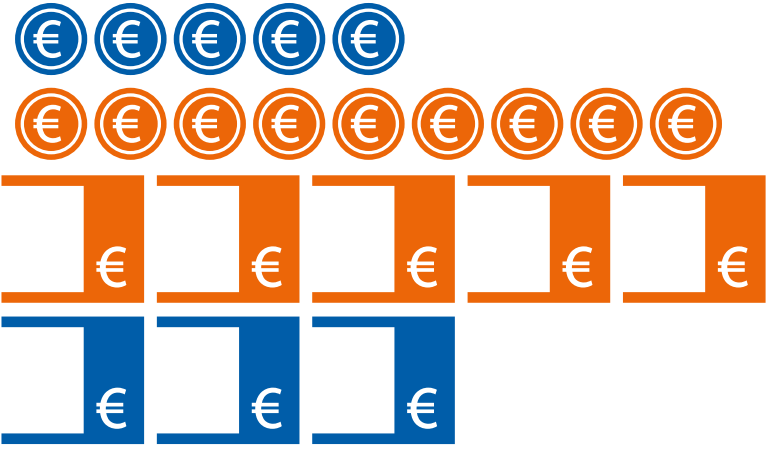
siehe Bargeld (englisch: bar)



CHIPTAN-VERFAHREN

Ist eine Möglichkeit zur Erstellung der Transaktionsnummer (TAN), welche im Rahmen des Online-Bankings notwendig ist. Das chip-TAN-Verfahren heißt bei den Volksbanken und Raiffeisenbanken Sm@rtTAN plus-Verfahren.

Kennzeichen ist, dass die Transaktionsnummer für jeden einzelnen Zahlungsvorgang auf Basis der wesentlichen Transaktionsdaten, wie Zielkontonummer bzw. IBAN und Zahlungsbetrag, mit einem TAN-Generator erstellt wird. Dafür wird die eigene girocard in ein kleines Kartenlesegerät eingeführt. Das Gerät liest dann die Transaktionsdaten mithilfe eines Barcodes am Bildschirm ein und generiert dazu eine neue transaktionsabhängige TAN.



Von Darlehen bis Dollar.

D

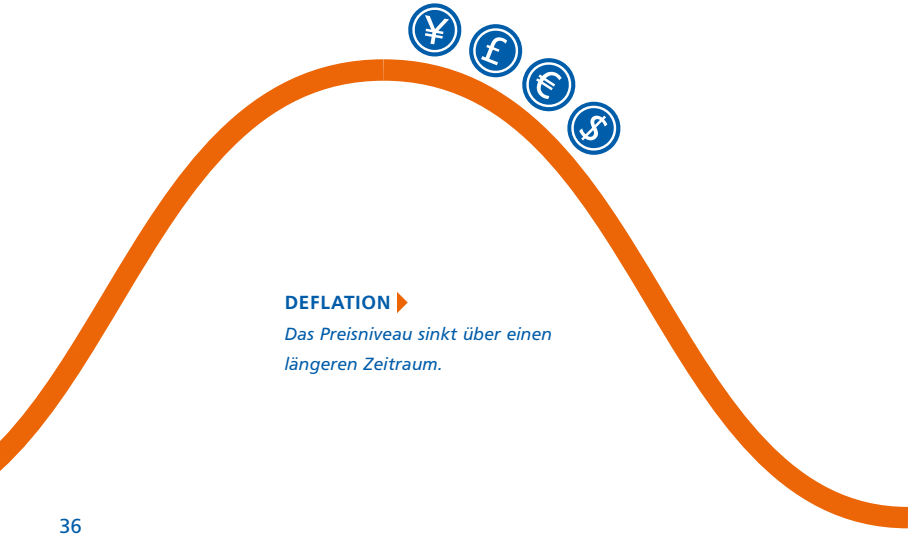
DARLEHEN

siehe Kredit

DAUERAUFTRAG

Ist ein Instrument des bargeldlosen Zahlungsverkehrs, bei dem regelmäßige Zahlungen in jeweils identischer Höhe zu einem festen Termin an ein und denselben Empfänger getätigt werden. Hierunter fallen zum Beispiel Mieten, Ratenzahlungen, Versicherungsbeiträge sowie Löhne und Gehälter.

Daueraufträge sind Anweisungen an die Bank, die für die termingerechte Erfüllung haftet. Sie können vom Bankkunden persönlich bei der Bank vor Ort oder durch Online-Banking erstellt, geändert oder gelöscht werden.



DEFLATION

Das Preisniveau sinkt über einen längeren Zeitraum.

DEBITKARTE

siehe Bankkarte oder girocard (englisch: to debit = belasten)

DEFLATION

Allgemeines Sinken des Preisniveaus über einen längeren Zeitraum.

DEUTSCHE BUNDESBANK

Zentralbank der Bundesrepublik Deutschland, auch Teil des Europäischen Systems der Zentralbanken (ESZB) sowie des Eurosystems.
Zu den Aufgaben der Deutschen Bundesbank gehören die Sicherstellung der Preisstabilität, der Stabilität des Finanz- und Währungssystems, die Sicherung eines reibungslosen Zahlungsverkehrs und die Verwaltung der deutschen Währungsreserven. Die Bundesbank übernimmt darüber hinaus Aufgaben der deutschen Bankenaufsicht.

D

DEUTSCHER AKTIENINDEX (DAX)

Der DAX bildet die Wertentwicklung der 30 größten und umsatzstärksten deutschen Aktien ab.

DEVISEN

Devisen sind Forderungen auf ausländische Währungen in Form von Guthaben oder Schecks. Ausländische Banknoten und Münzen werden nicht Devisen, sondern Sorten genannt.

DEVISENMARKT

Hier werden Währungen gehandelt, überwiegend zwischen den Banken. Die Wechselkurse ergeben sich aus Angebot und Nachfrage für bestimmte Währungen.

DISPOSITIONSKREDIT

Wer ein regelmäßiges Einkommen hat, kann bei der Bank einen Dispositionskredit (kurz: Dispo) für sein Girokonto beantragen. Das heißt, er kann sein Konto bis zu einem bestimmten Höchstbetrag überziehen, also ins Minus (Soll) gehen. Die Bank gibt keinen festen Rückzahlungstermin vor. Mit den laufenden Einnahmen wird das Soll jeweils ganz oder teilweise wieder ausgeglichen.

Es ist aber sinnvoll, einen Dispokredit nur bei kurzfristigen finanziellen Engpässen in Anspruch zu nehmen. Für vorhersehbare umfangreichere Finanzierungswünsche sind andere Kreditformen, zum Beispiel Anschaffungsdarlehen, passender und günstiger. Man kann übrigens

den eigenen Dispokreditrahmen in Absprache mit seiner Bank beschränken oder erweitern. Bei Jugendgirokonten ist ein Dispo nicht möglich, denn dies sind rein auf Guthabenbasis geführte Konten, die nicht überzogen werden können.

DIVIDENDE

Die Dividende ist der Teil des Jahresgewinns, den eine Aktiengesellschaft an ihre Anteilseigner bzw. eine eingetragene Genossenschaft an ihre Mitglieder ausschüttet. Über die Höhe der Dividende beschließt die Hauptversammlung der Aktiengesellschaft bzw. die General- oder Vertreterversammlung einer eingetragenen Genossenschaft. In Deutschland erfolgen Dividendenzahlungen meist nur einmal im Jahr.

DOLLAR

Als US-Dollar ist er die Währungseinheit der USA (1 Dollar = 100 Cents) und die wichtigste internationale Währung. Auch in anderen Staaten und Gebieten gibt es den Dollar als Währung, jeweils gekoppelt mit der Landesbezeichnung (zum Beispiel Hongkong-Dollar). Das Wort Dollar stammt von der deutschen Münzbezeichnung Taler.

Von ec-Karte bis Euroraum.

E

EC-KARTE

Umgangssprachlich, korrekt heißt sie Debitkarte, Bankkarte oder girocard.

Die Debitkarte wird für bargeldlose Zahlungen und zum Abheben von Bargeld an Geldautomaten verwendet. Bargeldlose Zahlungen werden durch Eingabe einer persönlichen Identifikationsnummer (PIN) autorisiert.

EINLAGEN

Geldbeträge, die die Kunden als Sparer den Banken gegen eine Zinszahlung überlassen. Man unterscheidet Sicht-, Termin- und Spareinlagen. Spareinlagen sind in der Regel unbefristet; die Einleger können sie nach Ablauf einer Kündigungsfrist von der Bank zurückfordern.

EINLAGENSICHERUNG

Zum Schutz der Einlagen von Kunden, zum Beispiel der Gelder auf Spar- oder Festgeldkonten, ist jede Bank/Sparkasse in Deutschland verpflichtet, einem Sicherungssystem angeschlossen zu sein, das in gesetzlich festgelegtem Umfang den Kunden (= Einlegern) die Rückzahlung ihres Geldes auch dann garantiert, wenn die Bank des Kunden „pleitegegangen“ sein sollte; derzeit beträgt dieser gesetzliche Anspruch EU-weit einheitlich 100.000 Euro.

In Deutschland gehen die Sicherungssysteme der verschiedenen Bankengruppen über diesen Mindestschutz hinaus. Die Genossenschaftsbanken und die Sparkassen praktizieren den sogenannten Institutsschutz, nach dem die Kundeneinlagen bei diesen Kreditinstituten unbegrenzt geschützt sind.

EINNAHMEN

Im betriebswirtschaftlichen Sinne erhöhen Einnahmen das Geldvermögen eines Unternehmens. Einnahmen können bare oder bargeldlose Einzahlungen sein, aber auch Forderungszugänge, die durch Rechnungen an Kunden entstehen (Gegensatz: Ausgaben).

EINZUGSERMÄCHTIGUNG

Ein Lastschriftmandat (siehe auch Lastschrift) für Lastschriften im Einzugsermächtigungslastschriftverfahren. Der Zahlungspflichtige (Zahler) gibt dem Zahlungsempfänger eine schriftliche Erlaubnis (Ermächtigung), von seinem Girokonto Geldbeträge einzuziehen. Im Fall, wenn der Zahlungspflichtige mit dem Lastschrifteinzug nicht einverstanden ist, kann er innerhalb einer Frist von acht Wochen nach dem Rechungsabschluss des Girokontos widersprechen. Den Betrag erhält er wieder auf seinem Girokonto gutgeschrieben. Von der Einzugsermächtigungslastschrift unterscheidet man die Abbuchungsauftragslastschrift.

EINZUGSERMÄCHTIGUNGSLASTSCHRIFTVERFAHREN

Das Einzugsermächtigungslastschriftverfahren ist die derzeit übliche Lastschriftart innerhalb Deutschlands und basiert auf der Nutzung der Kundenkennungen Kontonummer und Bankleitzahl. Genutzt wird es zum Beispiel für die Bezahlung der Telefon-, Strom- oder Gasrechnung. Der Zahlungspflichtige (Zahler) gibt dem Zahlungsempfänger eine schriftliche Erlaubnis (Ermächtigung), von seinem Girokonto Geldbeträge einzuziehen.

Das Lastschriftmandat ist die Einzugsermächtigung. Wenn der Zahlungspflichtige mit dem Lastschrifteinzug nicht einverstanden ist, kann er

innerhalb einer Frist – zurzeit acht Wochen nach dem Rechnungsabschluss des Girokontos – widersprechen. Den Betrag erhält er dann wieder auf seinem Girokonto gutgeschrieben.

Im Zuge der Umsetzung von SEPA ist geplant, das Einzugsermächtigungslastschriftverfahren durch das SEPA-Basis-Lastschriftverfahren mittelfristig zu ersetzen.

EURO

Gemeinsame Währung der Staaten der Europäischen Währungsunion.

EUROPÄISCHE WÄHRUNGSUNION (EWU)

Der Zusammenschluss der EWU wurde am 1. Januar 1999 verwirklicht. Die gemeinsame Währung ist der Euro.

EUROPÄISCHE ZENTRALBANK (EZB)

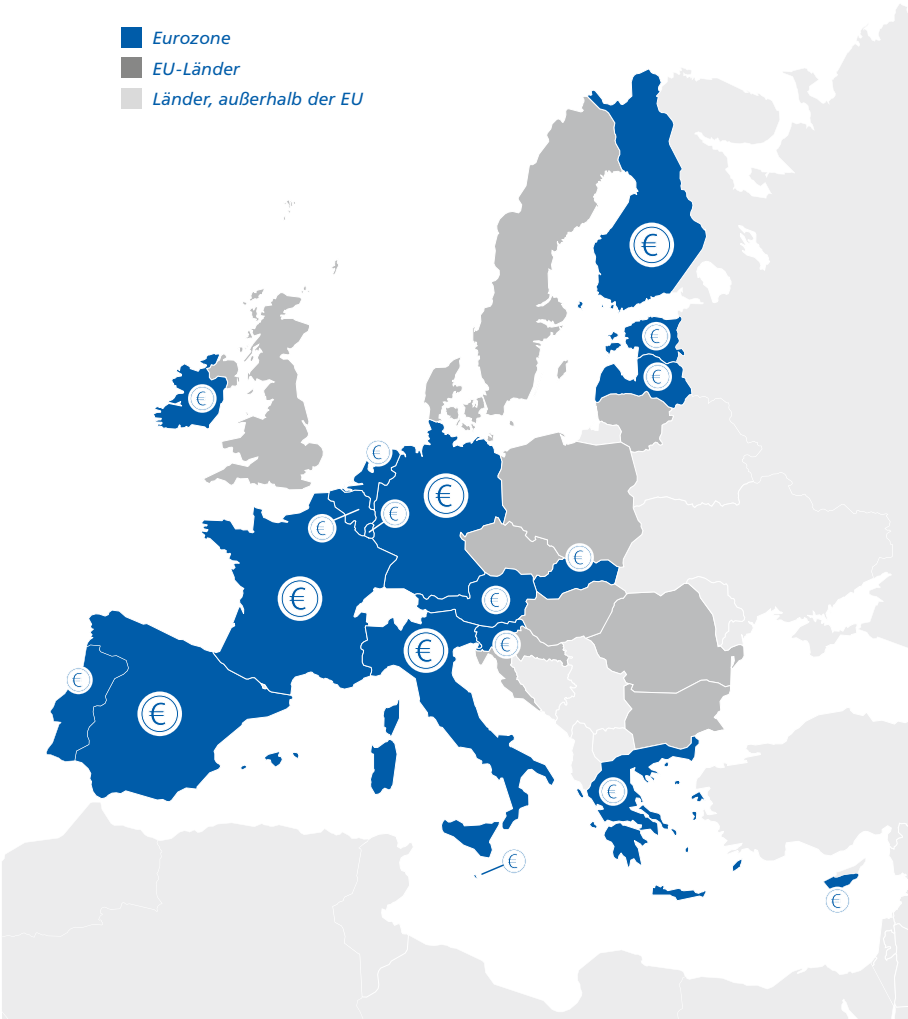
Die Europäische Zentralbank (EZB) wurde für die Mitgliedstaaten der Europäischen Währungsunion errichtet. Die EZB bildet mit den nationalen Zentralbanken der 28 EU-Mitgliedstaaten das Europäische System der Zentralbanken (ESZB) und mit den 17 nationalen Zentralbanken des Euro-Währungsgebiets das Eurosystem. Ihr Sitz ist Frankfurt am Main.

EURORAUM

Zum Euroraum zählen die Länder der EU, die den Euro als Währung eingeführt haben.

EURORAUM

Alle Länder der EU, die den Euro als Währung haben (Stand: Januar 2014).



Von Festgeld
bis Freistellungsauftrag.

F

FESTGELD

Ist eine Form der kursneutralen Geldanlage, bei der ein Anleger sein Geld über einen bestimmten Zeitraum zu einem festen Zinssatz an die Bank (Kreditinstitut) verleiht. Da der Anleger erst wieder zu einem festen Termin über sein Geld sowie über die erwirtschafteten Zinsen und Zinseszinsen verfügen kann, wird diese Form der Geldanlage auch als Termingeld bezeichnet.

Es gibt zwei Varianten von Festgeld:

1. Das „klassische Festgeld“: Hier vereinbaren Anleger und Bank einen Zeitpunkt für die Fälligkeit der Geldanlage. Am Ende dieser Laufzeit kann der Anleger den Anlagezeitraum erneut verlängern.
2. Das Kündigungsgeld: Bei dieser Variante des Festgelds wird keine feste Laufzeit, sondern eine bestimmte Kündigungsfrist vereinbart. Der Anleger kann nur dann über sein Geld verfügen, wenn er unter Beachtung der Kündigungsfrist den Vertrag auflöst.

Häufig muss der Anleger das „klassische Festgeld“ von sich aus und rechtzeitig bei seiner Bank kündigen, da sich in vielen Fällen der Vertrag bei Fälligkeit sonst automatisch, meist um die ursprünglich vereinbarte Laufzeit, verlängert.

Der Zinssatz ist beim Festgeld höher als bei einer normalen Spareinlage. Festgeld ist ebenfalls weniger risikobehaftet als beispielsweise Aktien oder andere kursgebundene Anlagen, da der vereinbarte Zins nicht an den Aktienmarkt gekoppelt ist.

FINANZIERUNG

Darunter sind in der Finanzwirtschaft alle Maßnahmen der Beschaffung und Rückzahlung von Finanzmitteln zusammengefasst. Oft wird diese

auch als Finanzökonomik bezeichnet. Bei einer Finanzierung kann Geld von außen in ein Unternehmen gelangen (Außenfinanzierung) oder aber auch innerhalb des Unternehmens selbst erwirtschaftet werden. Letzteres wird als Innenfinanzierung oder Selbstfinanzierung bezeichnet.

Alle Geld- und Sachwerte der Finanzierung werden zu Kontroll- und Informationszwecken in einem Finanzplan festgehalten.

FINANZKRISE

Darunter versteht man ein Marktversagen, das innerhalb einer kurzen Zeit zu einer starken und zeitlich nicht definierten Verschlechterung zentraler Finanzmarktindikatoren führt. Dazu können unter anderem zählen:

- eine starke Veränderung des Zinsniveaus
- stark fallende Aktienkurse; Preisverfall unter anderem bei Wertpapieren, Immobilien oder Rohstoffen
- Insolvenzen oder schlechte Bonitätsbewertungen von Unternehmen, Banken, Staaten und Personen

Diese Verschlechterungen, die zunächst einzelwirtschaftlich oder lokal begrenzt auftreten können, können massive und andauernde realwirtschaftliche Folgen haben und sich darüber hinaus auf die Gesamtwirtschaft eines Landes oder eines Handelsraums ausweiten. Finanzkrisen können zu Vertrauensverlusten und damit zu schweren Liquiditätskrisen und sogar Zahlungsunfähigkeiten und Zusammenbrüchen von Unternehmen, Banken und auch ganzen Staaten (Staatsschuldenkrise) führen.

Wird die Finanzkrise von einer gravierenden Instabilität des Bankensystems ausgelöst oder begleitet, handelt es sich um eine Bankenkrise.

Ursachen von Finanzkrisen können mit konkreten Ereignissen außerhalb des Finanzmarkts verbunden sein. Hierzu zählen Faktoren wie ein fehlendes Risikobewusstsein und zu starkes Gewinnstreben einzelner Finanzmarktakteure, die zu überhöhten Preisen und zu einer Überhitzung des Marktes (Spekulationsblase) führen. Dies war zum Beispiel 2008 in den USA der Fall. Dort weitete sich die Immobilienkrise zuerst zu einer nationalen und in der Folge zu einer internationalen Finanz- und Bankenkrise aus.

Finanzkrisen sind jedoch kein neues Phänomen unserer Zeit, sondern traten in der Geschichte vieler Länder immer wieder auf. Eine der schlimmsten Finanzkrisen mit national wie international weitreichenden Folgen war der Schwarze Freitag im Jahr 1929.

FINANZMARKT

Sammelbegriff für alle Märkte, auf denen sich Finanzmittel in Form von Angebot und Nachfrage gegenüberstehen. Man unterscheidet nach der Fristigkeit in Geldmarkt und Kapitalmarkt, nach organisierten Märkten (Börsen) und nicht organisierten Märkten oder nach nationalen oder internationalen Märkten. Die gehandelten Werte können zum Beispiel Kredite, Aktien, Anleihen, Terminkontrakte oder Währungen sein.

FONDSANTEIL

Kleinster Teil des Fondsvermögens (auch Anteil genannt), über den ein Anteilschein ausgestellt ist.

FREIE MARKTWIRTSCHAFT

Bezeichnet eine Wirtschaftsordnung, die auf den Ideen und Gedanken des klassischen Liberalismus beruht und in der jeder Wirtschaftsteilnehmer frei nach seinen Interessen und Zielen handelt. Der Staat gibt dabei nur die Rahmenbedingungen vor, indem er für den Schutz, die Sicherheit der Bürger und deren Eigentum sorgt, das Rechtssystem erhält und ein Zahlungsmittel bereitstellt. Er greift jedoch nicht in den Marktmechanismus ein. Die Abstimmung über alle wirtschaftlichen Handlungen erfolgt über den Markt: Die Unternehmen produzieren, was die Konsumenten nachfragen. Die Preise für Güter bilden sich damit allein durch Angebot und Nachfrage.

Zentrale Kennzeichen einer freien Marktwirtschaft sind: Privateigentum an Produktionsmitteln, freier Wettbewerb, freie Preisbildung, Gewerbefreiheit und Konsumfreiheit.

Neben der freien Marktwirtschaft ist die soziale Marktwirtschaft eine weitere idealtypische Variante einer marktwirtschaftlichen Ordnung.

FREISTELLUNGSAUFTRAG

Mit einem Freistellungsauftrag für Kapitalerträge können Privatkunden ihre Bank beauftragen, Kapitalerträge bis zur Höhe des Sparerpauschbetrags (801 Euro bei Ledigen/1.602 Euro bei Ehegatten) vom Steuerabzug (Abgeltungsteuer) freizustellen. Ehegatten können zwischen Einzelfreistellungsauftrag und gemeinsamem Freistellungsauftrag wählen. Bei einem gemeinsamen Freistellungsauftrag werden die Ehegatten wie zusammen veranlagte Ehegatten behandelt, das heißt, es erfolgt zum Jahresende eine ehegattenübergreifende Verlustverrechnung und das Freistellungsvolumen von 1.602 Euro steht ihnen gemeinsam zu. Voraussetzung ist, dass die Ehegatten nicht dauernd getrennt leben.

Von Garantiefonds
bis Girokonto.

G

GARANTIEFONDS

Diese Fonds garantieren zu einem vorher festgelegten Zeitpunkt die Rückzahlung des eingesetzten Kapitals bzw. zumindest eines bestimmten Anteils des Geldes. Sie sind für Anleger geeignet, die der Sicherheit besonderen Wert beimessen.

GELD

Allgemein anerkanntes und akzeptiertes Tausch- und Zahlungsmittel. Geld ist als Münzgeld oder Banknoten im Umlauf. Heute spielen auch Buchgeld (Kontobestände eines Kunden bei der Bank) und elektronisches Geld (Guthaben auf einer Geldkarte) eine bedeutendere Rolle im Alltag.

GELDFUNKTIONEN

Die drei Funktionen des Geldes sind:
1. Tausch- und Zahlungsmittel
2. Recheneinheit/Wertmaßstab
3. Wertaufbewahrungsmittel

GELDKARTE

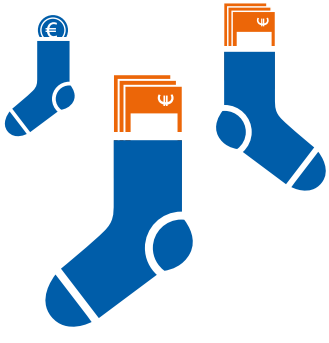
Dabei handelt es sich um eine Bankkarte mit Chip, auf den Geldbeträge von maximal 200 Euro als Guthaben geladen werden, die dann sukzessive verbraucht werden können. Umgangssprachlich wird sie auch als „elektronische Geldbörse“ bezeichnet, da sie sich insbesondere zum Bezahlen kleinerer Beträge, zum Beispiel an Ticketautomaten, eignet. Im Gegensatz zur Bezahlung mit der girocard oder einer Kreditkarte muss

der Besitzer einer Geldkarte seine Zahlung weder mit der Eingabe seiner persönlichen Identifikationsnummer (PIN) noch durch seine Unterschrift bestätigen.

Man erkennt die Geldkartenfunktion am Zeichen „GeldKarte“. Es ist zum einen auf der girocard abgebildet, die eine solche Möglichkeit anbietet, und zum anderen im Handels- und Dienstleistungsgewerbe auf Automaten und Kassenterminals zu sehen, die das Bezahlen mit der Geldkarte akzeptieren.

GELDMENGE

ist das Geld, welches nicht auf einer Bank liegt, also z. B. das Geld von Privatpersonen.



GELDMENGE

Derjenige Geldbestand in einer Volkswirtschaft, der sich in den Händen von Nichtbanken befindet, zum Beispiel bei Privatpersonen oder Unternehmen, die keine Kreditinstitute sind.

GELDPOLITIK

Maßnahmen der Zentralbank, um geldpolitische Ziele zu erreichen, zum Beispiel Preisstabilität. Dabei werden geldpolitische Instrumente eingesetzt, die die Zinskonditionen und Knappheitsverhältnisse regulieren.

G

GENOSSENSCHAFT

Die eingetragene Genossenschaft (eG) ist eine Unternehmensform. Ihre Aufgabe besteht in der dauerhaften Förderung ihrer Mitglieder unter Beachtung der Prinzipien der Selbsthilfe, Selbstverwaltung und Selbstverantwortung. Mindestens drei Personen müssen sich an der Gründung einer Genossenschaft beteiligen.

GENOSSENSCHAFTLICHE BERATUNG

Die Volksbanken Raiffeisenbanken bekennen sich zu den genossenschaftlichen Werten Solidarität, Verantwortung, Respekt, Fairness und Vertrauen. Diese Werte bilden die Grundsteine der genossenschaftlichen Beratung. Die Volksbanken Raiffeisenbanken handeln nach diesen Werten und bieten ihren Mitgliedern und Kunden die Finanzprodukte, die ihren Zielen und Wünschen entsprechen. Bei der genossenschaftlichen Beratung werden die individuelle Anlagementalität sowie spezielle Bedürfnisse berücksichtigt. Dabei sprechen die Volksbanken Raiffeisenbanken immer verständlich, partnerschaftlich und auf Augenhöhe mit ihren Mitgliedern und Kunden.

Film

QR-CODE EINSCANNEN UND MEHR ERFAHREN.

VERSTÄNDLICH ERKLÄRT: „GENOSSENSCHAFTLICHE BERATUNG“

ALLE FILME ONLINE SEHEN AUF **VR.DE**

GENOSSENSCHAFTLICHE FINANZGRUPPE VOLKSBANKEN RAIFFEISENBANKEN

Sie besteht aus über 1.100 unabhängigen Genossenschaftsbanken und elf eigenständigen Spezialinstituten.

GENOSSENSCHAFTLICHE FINANZGRUPPE VOLKSBANKEN RAIFFEISENBANKEN

Die Genossenschaftliche FinanzGruppe Volksbanken Raiffeisenbanken ist eine Gemeinschaft mit verschiedenen Zentral- und Spezialinstituten aus unterschiedlichen Finanzbereichen. Sie besteht aus über 1.100 unabhängigen Genossenschaftsbanken und elf eigenständigen Spezialinstituten. Aufgrund des genossenschaftlichen Prinzips kann jede einzelne Volksbank Raiffeisenbank auf die Produkte und das Wissen

G

GENOSSENSCHAFTSANTEIL

ist der Anteil, mit dem sich die Mitglieder an einer Genossenschaft beteiligen dürfen.

der Partnerunternehmen zu verschiedenen Finanzdienstleistungen zurückgreifen: so zum Beispiel zu den Themen Bausparen und Immobilienfinanzierung, private, freiwillige Versicherung, private Altersvorsorge oder Geldanlage.

QR-CODE EINSCANNEN
UND MEHR ERFAHREN.

VERSTÄNDLICH ERKLÄRT:
„GENOSSENSCHAFTLICHE FINANZGRUPPE VOLKSBANKEN RAIFFEISENBANKEN“

ALLE FILME ONLINE SEHEN AUF **VR.DE**

GENOSSENSCHAFTSANTEIL

Der Genossenschaftsanteil ist eine rechnerische Größe, die festlegt, bis zu welcher Höhe sich ein Mitglied einer Genossenschaft an dieser beteiligen darf. Die Höhe des Genossenschaftsanteils wird in der Satzung festgelegt.

GENOSSENSCHAFTSBANKEN

Kreditinstitute in der Rechtsform der eingetragenen Genossenschaft. Sie firmieren vornehmlich als Volksbank, Raiffeisenbank, Sparda-Bank oder PSD Bank. Gegenstand ihres Unternehmens ist in erster Linie die Ausübung aller Bankgeschäfte und banküblicher Geschäfte. Genossenschaftsbanken sind als Universalbanken eine wichtige Säule des deutschen Bankensektors. Das Eigenkapital einer Kreditgenossenschaft setzt sich wie bei jeder Genossenschaft aus den von den Mitgliedern gekauften Geschäftsguthaben zusammen. In Deutschland gibt es

rund 1.100 Genossenschaftsbanken (Volksbanken und Raiffeisenbanken, PSD Banken, Sparda-Banken und genossenschaftliche Spezialinstitute). Über 17 Millionen Personen in Deutschland sind Mitglieder einer Genossenschaftsbank.

Film

QR-CODE EINSCANNEN UND MEHR ERFAHREN.

VERSTÄNDLICH ERKLÄRT: „DIE GENOSSENSCHAFTLICHE IDEE“

ALLE FILME ONLINE SEHEN AUF **VR.DE**

GEWINN

Positive Differenz, die sich – bezogen auf einen bestimmten Zeitraum – aus dem Ertrag (den Erlösen) und dem Aufwand (den Kosten) ergibt (Gegenteil: Verlust).

GIROCARD

Die deutsche Kreditwirtschaft hat ihren zwei bewährten Zahlungssystemen – dem Bezahlen mit Debitkarte und persönlicher Identifikationsnummer (PIN), electronic-cash-System genannt, und der Bargeldbeschaffung an Geldautomaten (Deutsches Geldautomaten-System) – seit 2007 den Namen girocard gegeben.

girocard soll vor allem die internationale Akzeptanz der deutschen Debitkarten (ehemals ec-Karten) durch die Schaffung eines einheitlichen Logos für den SEPA-Raum erleichtern. Das girocard-Logo ist beispielsweise auf Bankkarten, an elektronischen Kassen, an denen Kunden bargeldlos bezahlen können (zum Beispiel in Kaufhäusern, an Tankstellen

oder in Hotels), sowie an Geldautomaten in Deutschland angebracht. Entsprechend dem neuen girocard-System werden auch die Bankkarten/Debitkarten (umgangssprachlich ec-Karten) als girocards bezeichnet. Die girocard ist der Schlüssel zum eigenen Konto. Man verwendet sie zum Beispiel für Bargeldabhebungen am Geldautomaten, für alltägliche Bankgeschäfte und auch für bargeldlose Zahlungen beim Einkauf in Geschäften. Auch ermöglicht die girocard den Ausdruck von Kontoauszügen am Kontoauszugsdrucker.

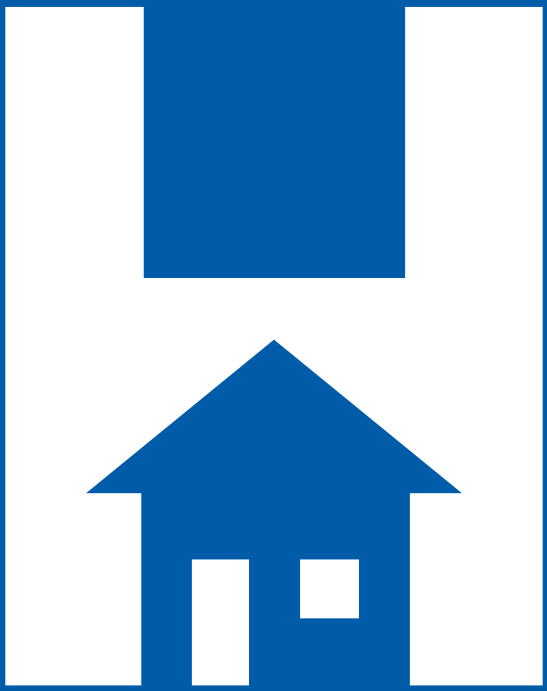
GIROKONTO

Der Zahlungsverkehr wird bei den Kreditinstituten über besondere Konten abgewickelt. Eine allseits bekannte und für den Alltag nützliche Kontoform ist das Girokonto. Mithilfe des Girokontos werden sowohl Barzahlungen als auch bargeldlose Zahlungen, zum Beispiel Überweisungen, Lastschriften und Kartenzahlungen (mit Debit-, Kredit- oder Geldkarte) durchgeführt. Zahlungsvorgänge, die sich zwischen Bank und Kunden ergeben, schlagen sich auf seinem Girokonto bei der Bank nieder. Eingehende Zahlungen werden dem Kunden gutgeschrieben, Verfügungen hingegen belastet.

Die Differenz zwischen den Gutschriften (Habenposten) und den Belastungen (Sollposten) bildet den Saldo des Kontos. Ein Soll- oder Schuldsaldo (negativer Saldo = Verbindlichkeit gegenüber der Bank) liegt vor, wenn die Sollposten die Habenposten übersteigen. Im umgekehrten Fall ergibt sich für den Kunden ein Guthabensaldo (positiver Saldo = Forderungen an die Bank).

Der aus dem Italienischen stammende Begriff „giro“ bedeutet übrigens „Kreislauf“ und beschreibt diese ständige Bewegung des Kontosaldos aufgrund der regelmäßigen Zu- und Abbuchungen.

Von Home-Banking
bis Hypothek.



H

HOME-BANKING

siehe Online-Banking

HYPOTHEK

Dient zur Besicherung eines Immobilienkredits. Gibt demjenigen, zu dessen Gunsten die Hypothek eingetragen ist (Hypothekengläubiger), das Recht, eine bestimmte Geldsumme aus dem Grundstück zur Befriedigung seiner Forderung zu verlangen, sofern der Schuldner das geliehene Kapital (Kredit) dem Gläubiger nicht vereinbarungsgemäß zurückzahlt. Im Zuge eines Zwangsvollstreckungsverfahrens kann das Grundstück versteigert werden, wobei der Erlös dem Gläubiger zusteht.

Film

QR-CODE EINSCANNEN UND MEHR ERFAHREN.

VERSTÄNDLICH ERKLÄRT: „IMMOBILIEN“

ALLE FILME ONLINE SEHEN AUF **VR.DE**

HYPOTHEK

Mit einer Hypothek belastet man eine Immobilie, um deren Kredit sicherzustellen.

Von Inflation
bis Investmentgesellschaft.

INFLATION

Das Geld verliert seine Kaufkraft und somit sinkt dessen Wert.

INFLATION

Das Merkmal einer Inflation ist, dass das Geld über einen längeren Zeitraum generell an Kaufkraft verliert und das Preisniveau allgemein ansteigt. Der Anstieg der Preise einzelner Güter ist jedoch noch keine Inflation.

INHABERSCHULDVERSCHREIBUNGEN

Sind verzinsliche Wertpapiere (Schuldverschreibungen, Anleihen), mit denen der Schuldner (Emittent) dem Inhaber des Papiers die Rückzah-

lung des geliehenen Geldbetrags und festgelegte Zinsen zusagt. Im Gegensatz zu Namensschuldverschreibungen können Inhaberschuldverschreibungen leicht gehandelt, also ge- und verkauft werden. Die meisten börsennotierten Anleihen sind Inhaberschuldverschreibungen.

INSTITUTSSCHUTZ

Beim Institutsschutz handelt es sich um einen gesetzlich anerkannten Mechanismus, den die Sparkassengruppe und die Gruppe der Genossenschaftsbanken in Deutschland praktizieren. Im Rahmen des Institutsschutzes wird sichergestellt, dass ein in wirtschaftliche Schwierigkeiten geratenes Mitgliedsinstitut jederzeit und uneingeschränkt seinen Zahlungsverpflichtungen nachkommen kann. Diese Unterstützung erfolgt durch einen sogenannten Feuerwehrfonds, in den die jeweiligen Mitgliedsbanken dieser Gruppen regelmäßig einzahlen. Es kann also bei einem wirksamen Institutsschutz zu keiner Bankinsolvenz kommen. Ein für den Kunden verbraucherfreundlicher Aspekt des Institutsschutzes ist somit, dass die Kundeneinlagen der betreffenden Kreditinstitute in höchstmöglichem Umfang und ohne betragliche Begrenzung geschützt sind. Der Institutsschutz geht damit über die gesetzlich definierte Einlagensicherung hinaus.

INTERNATIONAL BANK ACCOUNT NUMBER (IBAN)

IBAN steht für International Bank Account Number. Sie ist eine standardisierte internationale Bankkontonummer. Die IBAN besteht aus einem internationalen Teil, der sich aus einem Länderkennzeichen und einer Prüfziffer zusammensetzt, sowie einer national festgelegten Komponente. Diese ist für Deutschland die Bankleitzahl und die Kontonummer. Die IBAN besteht insgesamt aus maximal 34 alphanumerischen Zeichen. Die Länge der IBAN ist je nach Land unterschiedlich.

Die Anzahl der alphanumerischen Zeichen ist jedoch innerhalb eines Landes einheitlich. In Deutschland besteht die IBAN aus insgesamt 22 Buchstaben und Ziffern.

Kunden erhalten ihre IBAN auf dem Kontoauszug bzw. der Bankkarte ausgedruckt. Die IBAN der Zahlungsempfänger können Kunden ihren Rechnungen entnehmen.

INVESTMENTFONDS (AUCH FONDS)

Viele Geldbeträge von Anlegern werden in einem Fonds (Sondervermögen) gebündelt und nach der jeweils festgelegten Anlagepolitik des Fonds zum Beispiel in Wertpapieren, Bankeinlagen oder Immobilien angelegt. Der Investmentfonds wird von einer Investmentgesellschaft verwaltet und der Anleger erhält Fondsanteile.

INVESTMENTGESELLSCHAFT (AUCH FONDSGESELLSCHAFT, KAPITALANLAGEGESELLSCHAFT)

Gesellschaft, die für das von ihr verwaltete Sondervermögen (Fonds) Wertpapiere oder Immobilien kauft und Anteilscheine an diesem Fonds ausgibt. Eine Investmentgesellschaft kann verschiedene Investmentfonds verwalten.

INVESTMENTFONDS

sind gebündelte Geldbeträge, die z. B. in Wertpapieren angelegt sind.

Jugendgirokonto.

j

JUGENDGIROKONTO

Ein Jugendgirokonto gibt Jugendlichen die Möglichkeit, eigenverantwortlich mit ihrem Geld umzugehen und den Umgang mit dem Girokonto und dem bargeldlosen Zahlungsverkehr zu erlernen. Es wird auf Guthabenbasis geführt und muss von den Erziehungsberechtigten beantragt werden. Das Konto ist in der Regel kostenlos und bietet häufig die gleichen Funktionen wie ein Konto für Erwachsene, jedoch keine Überziehungsmöglichkeit.

Film

QR-CODE EINSCANNEN
UND MEHR ERFAHREN.

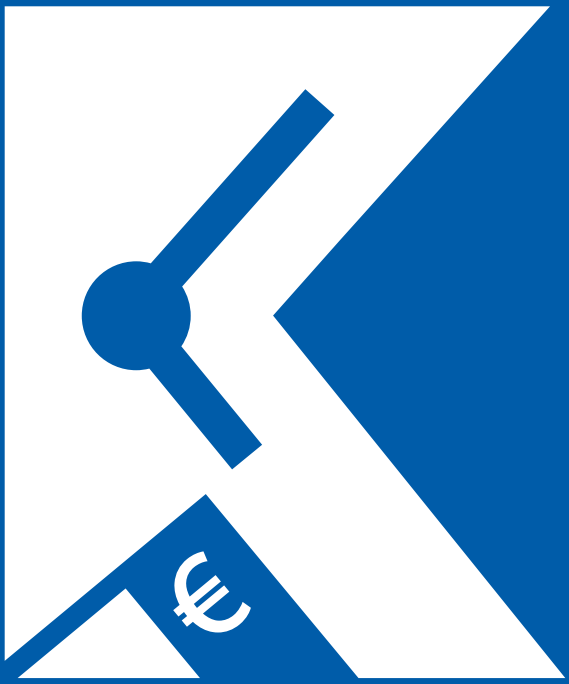
VERSTÄNDLICH ERKLÄRT:
„GENOSSENSCHAFTLICHE BERATUNG FÜR JUNGE KUNDEN“

ALLE FILME ONLINE SEHEN
AUF **VR.DE**

JUGENDGIROKONTO

Ein Konto für Jugendliche, das nicht überzogen werden kann.

Von Kapital bis Kurs.



K

KAPITAL

Begriff, der oft für langfristig angelegtes oder verliehenes Geld verwendet wird.

KAPITALMARKT

Markt für mittel- und langfristige Kredite und Beteiligungskapital. Über den Kapitalmarkt erhalten Unternehmen und der Staat Mittel für längerfristige Investitionen.

KARTENZAHLUNG

Unter Kartenzahlungen werden Zahlungen verstanden, die meist auf Basis von Zahlungskarten, die an Kundenkonten gebunden sind, abgewickelt werden. Die genormten, etwa 8,5 x 5,5 cm großen Karten werden deshalb oft auch als Plastikgeld bezeichnet.

Es wird zwischen Debitkarten (girocards, ehemals ec-Karten), Kreditkarten (zum Beispiel VISA, MasterCard) und Geldkarten (zum Beispiel GeldKarte) unterschieden.

KAUFKRAFT

In einer Gütermenge ausgedrückter Wert des Geldes: Die Kaufkraft zeigt, wie viele Güter für einen bestimmten Geldbetrag gekauft werden können. Wenn das Preisniveau steigt (Inflation), vermindert sich die Kaufkraft. Sinkt das Preisniveau (Deflation), steigt sie an.

KAUFKRAFT

Wie viel man für einen bestimmten Geldbetrag kaufen kann, zeigt der Wert des Geldes, also dessen Kaufkraft.

KONTO

Darunter ist ein Dienstleistungsvertrag zwischen Kunde und Bank zu verstehen, der Geld- und sonstige Bestände wie Edelmetalle oder Aktien des Kunden und die Veränderungen dieser Bestände in Form von Zahlungseingängen und Zahlungsausgängen bzw. durch Gutschriften (Haben) und Lastschriften (Soll) anzeigt. Ein solcher Vertrag umfasst verschiedene Inhalte, zum Beispiel ein Girokonto, ein Sparkonto, ein

Festgeldkonto, ein Kreditkartenkonto oder ein Darlehenskonto. Kontoinhaber können natürliche Personen, juristische Personen, Firmen und Personenvereinigungen sein.

Minderjährige dürfen laut § 107 des Bürgerlichen Gesetzbuchs ohne Zustimmung ihrer gesetzlichen Vertreter wie der Eltern kein Konto eröffnen. Es ist jedoch für Kinder ab sieben Jahren und noch nicht volljährige Jugendliche möglich, ein auf Guthabenbasis geführtes und von den Eltern oder einem anderen gesetzlichen Vertreter beantragtes Jugendgirokonto zu führen.

KONTONUMMER

In Deutschland besteht die Kontonummer grundsätzlich aus zehn Ziffern. Sofern diese kürzer ist, stehen gedacht entsprechend viele Nullen davor. Jede natürliche und juristische Person kann bei einem Kreditinstitut ein oder mehrere Bankkonten haben. Jedes Konto hat eine eigene Kontonummer. Durch die Vergabe dieser Kontonummer kann zusammen mit der Bankleitzahl der Zahlungsverkehr einfach, schnell und effizient abgewickelt werden.

KREDIT

Bei einem Kredit (auch Darlehen) wird auf eine begrenzte Zeit Geld gegen Zahlung eines Zinses verliehen. In einem Vertrag wird festgehalten, welchen Betrag der Kreditgeber dem Kreditnehmer zur Verfügung stellt, und alle weiteren Bedingungen der Kreditgewährung definiert. Der Kreditnehmer verpflichtet sich, den Betrag zuzüglich der vereinbarten Zinsen zurückzuzahlen.

KREDITGENOSSENSCHAFT

Synonym für Genossenschaftsbank.

KREDITKARTE

Bankkarte zur Zahlung von Waren und Dienstleistungen im bargeldlosen Zahlungsverkehr, wobei der Betrag in der Regel vom Kreditinstitut vorfinanziert wird. Der Kunde wird also erst zu einem späteren Zeitpunkt auf seinem Girokonto belastet. Gängige Anbieter sind die internationalen Kartenorganisationen MasterCard und VISA.

KURS

Preis oder prozentualer Wert des Nominalbetrags eines Wertpapiers oder einer Devise, der sich gemäß Angebot und Nachfrage an der Börse bildet.

KURS

Angebot und Nachfrage bestimmen den Kurs eines Wertpapiers und somit seinen Wert.

Von Lastschrift
bis Liquidität.

L

LASTSCHRIFT

Mit der Lastschrift kann ein Zahlungsempfänger (Gläubiger) Gelder vom Konto eines Zahlungspflichtigen (Zahlers) einziehen. Insbesondere bei regelmäßigen Zahlungen wie Telefonrechnung, Zeitungsabonnement oder Miete ist das Lastschriftverfahren praktisch.

Der Einzug einer Forderung im Lastschriftverfahren setzt die Einwilligung des Zahlungspflichtigen (Lastschriftmandat) zu einer solchen Regelung voraus. Dieses Einverständnis kann entweder gegenüber der Zahlstelle (Bank des Zahlungspflichtigen) oder aber gegenüber dem Zahlungsempfänger erklärt werden.

Dementsprechend gibt es heute vier Lastschriftverfahren:

- das Einzugsermächtigungslastschriftverfahren
  (Lastschriftmandat ist die Einzugsermächtigung)
- das Abbuchungsauftragslastschriftverfahren
  (Lastschriftmandat ist der Abbuchungsauftrag)
- das SEPA-Basis-Lastschriftverfahren
  (Lastschriftmandat ist das SEPA-Lastschriftmandat)
  und
- das SEPA-Firmen-Lastschriftverfahren
  (Lastschriftmandat ist das SEPA-Firmen-Lastschriftmandat)

LEITZINS

Leitzinsen sind festgelegte Zinssätze, zu denen sich die Geschäftsbanken bei der Zentralbank zum Beispiel Liquidität beschaffen können. Leitzinsen gehören zum Instrumentarium der Geldpolitik und haben Einfluss auf Zinsverhältnisse am Geldmarkt.

LIQUIDITÄT

Eigenschaft eines Vermögenswerts, rasch in flüssige Mittel, zum Beispiel Bargeld, umgewandelt werden zu können.

LIQUIDITÄT

besitzt man, wenn man schnell an flüssige Mittel wie z. B. Bargeld kommen kann.

QR-CODE EINSCANNEN UND MEHR ERFAHREN.

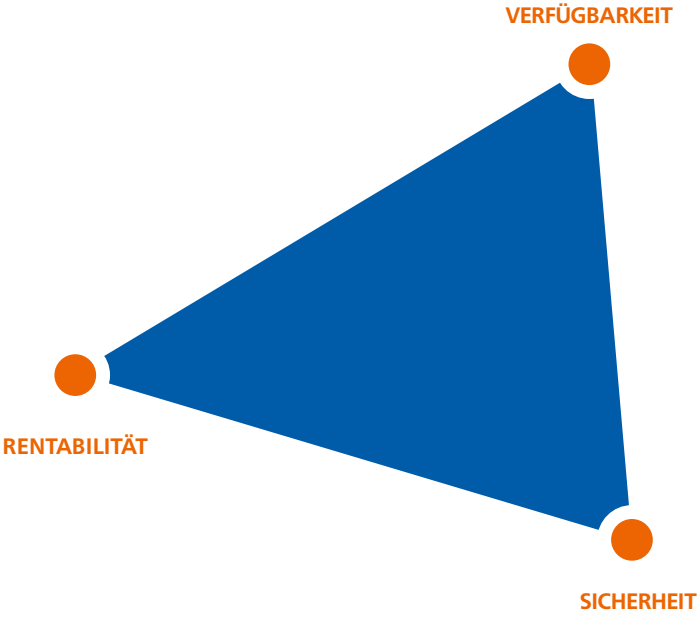
VERSTÄNDLICH ERKLÄRT: „LIQUIDITÄT“

ALLE FILME ONLINE SEHEN AUF **VR.DE**

Von magisches Dreieck bis Münzwert.

M

MAGISCHES DREIECK
beschreibt das Abwägen von drei unterschiedlichen Kriterien im Bezug auf Anlagen.



MAGISCHES DREIECK

Bei Anlagen die Gegenüberstellung und Abwägung der Kriterien Rentabilität (Höhe des möglichen Wertzuwachses), Sicherheit (Höhe des Risikos, Kapital zu verlieren) und Verfügbarkeit (Wie leicht lässt sich die Geldanlage zu Bargeld machen?).

MARKT

Ein Markt ist der Ort, an dem sich Angebot und Nachfrage zum Zweck des Tausches von Gütern gegen Geld oder von Gütern gegen Güter treffen und so Preise gebildet werden. Ist das Angebot an einem Gut größer als die Nachfrage, so wird dies als Käufermarkt bezeichnet. Ist dagegen das Angebot geringer als die Nachfrage, handelt es sich um einen Verkäufermarkt.

Ein Markt erfüllt folgende Funktionen:

- Preisbildung
- Versorgung
- Koordination
- Verteilung
- Information

Damit ein Markt entstehen kann, sind unter anderem Anbieter und Nachfrager sowie die Tauschgüter und Tauschmittel, zum Beispiel Geld oder ein anderes Gut, nötig.

Es gibt mit dem Monopol (am Markt existiert nur ein Anbieter oder nur ein Nachfrager), dem Oligopol (am Markt existieren viele Nachfrager und nur wenige Anbieter) und dem Polypol (am Markt existieren viele Anbieter und viele Nachfrager) verschiedene Wettbewerbsformen auf Märkten.

M

MINDESTRESERVE

Die Mindestreserve verpflichtet die Banken, ein bestimmtes Mindestguthaben in der Zentralbank zu halten. Die Höhe der Mindestreserve ergibt sich durch die Anwendung des Mindestreservesatzes (zwei Prozent im Eurosystem) auf Kundeneinlagen der Banken.

MITGLIEDSCHAFT (IN EINER GENOSSENSCHAFTSBANK)

Die Mitgliedschaft ist das Fundament der genossenschaftlichen Unternehmensverfassung. Folgende Elemente bilden die drei Dimensionen der Mitgliedschaft: Miteigentümer, Kapitalgeber und Gewinnbeteiligte. Als Miteigentümer sind die Mitglieder Kapitalgeber und gleichzeitig Gewinnbeteiligte. Jedes Mitglied hat unabhängig von der Höhe seiner Kapitalbeteiligung eine Stimme in den Genossenschaftsversammlungen. Als Kunden steht ihnen das Produkt- und Leistungsspektrum ihrer Bank zur Verfügung. Mehr als die Hälfte der circa 30 Millionen Kunden der Volksbanken und Raiffeisenbanken sind auch Mitglied ihrer Bank.

(siehe auch Genossenschaftsbank)

Film

QR-CODE EINSCANNEN UND MEHR ERFAHREN.

VERSTÄNDLICH ERKLÄRT: „MITGLIEDERVERPFLICHTUNG“

ALLE FILME ONLINE SEHEN AUF **VR.DE**

MOBILE-BANKING

Ist eine Unterform des Online-Bankings und beschreibt das Tätigen von Bankgeschäften mithilfe mobiler Endgeräte wie Smartphones oder Tablet-PCs mit Internetanschluss.

MOBILETAN-VERFAHREN

Ist neben dem chipTAN-Verfahren eine weitere Möglichkeit zur Übermittlung der Transaktionsnummer (TAN), die im Rahmen des Online-Bankings notwendig ist. Dabei wird die Transaktionsnummer per SMS auf das Handy/Smartphone des Kontoinhabers geschickt. Aufgrund des Zwei-Kanal-Prinzips darf es sich hier jedoch nicht um dasselbe Handy/Smartphone handeln, mit dem der Kunde das Online-Banking betreibt.

MÜNZREGAL

Das hoheitliche Recht, Münzen zu prägen und zu gestalten. Es liegt in Deutschland bei der Deutschen Bundesbank.

MÜNZWERT

siehe Nennwert

Von Nachfrage
bis Nominalwert.

N

NACHFRAGE

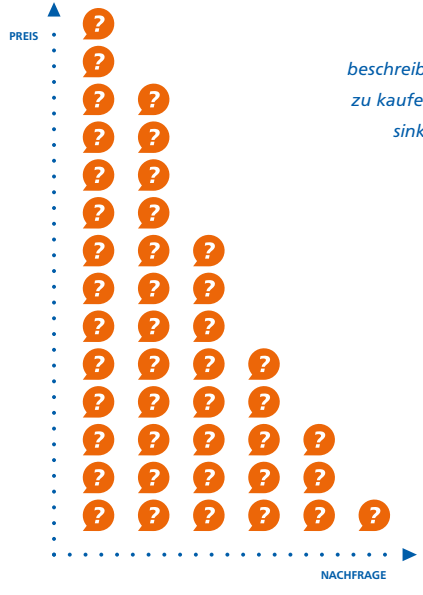
Bezeichnung für die Absicht, etwas zu erwerben. Die Nachfrage wird von Kriterien wie der Bedürfnisstruktur, dem Nutzen, dem Einkommen des Haushalts oder den Güterpreisen beeinflusst. Bei steigenden Preisen fällt normalerweise die Nachfrage. Sinkt das Einkommen, sinkt im Allgemeinen auch die Nachfrage.

NENNWERT (NOMINALWERT)

Dabei handelt es sich um den aufgeprägten oder aufgedruckten Wert auf Münzen, Banknoten und Wertpapieren. Der Wert kann in Worten oder Zahlen ausgedrückt sein. Der Nennwert der aktuellen Euro- und Centmünzen, die aus Nickel, Messing oder Kupfer bestehen, liegt über dem tatsächlichen Materialwert. Solche Münzen werden Scheidemünzen genannt. Der Nennwert von alten und seltenen Münzen oder Geldscheinen sowie von Sammlermünzen und Münzen aus seltenen Metallen kann jedoch auch unter dem Materialwert liegen. Ist der Metallwert mit dem Nennwert identisch, handelt es sich um Kurantmünzen.

Bei Aktien ist der Nennwert eine rechnerische Größe, die die Höhe des Anteils am Grundkapital einer Aktiengesellschaft darstellt. Insbesondere bei Aktien kann der Nennwert aufgrund von Schwankungen auf dem Aktienmarkt stark vom Kurswert abweichen. Bei Schuldverschreibungen wie Anleihen oder festverzinslichen Wertpapieren ist der Nennwert dagegen der vom Schuldner zu verzinsende und zurückzuzahlende Betrag.

Synonym für den Begriff Nennwert werden auch die Bezeichnungen Nominalwert oder Münzwert verwendet.



NACHFRAGE
beschreibt die Absicht, etwas zu kaufen. Steigen die Preise, sinkt normalerweise die Nachfrage.

NEUEMISSION

Unter einer Neuemission versteht man das erstmalige Angebot an Interessenten zum Kauf.

NOMINALWERT

siehe Nennwert

Von Online-Banking
bis Order.

ONLINE-BANKING

Ist das Tätigen von Bankgeschäften per Computer mit Internetanschluss oder auch mit einem Smartphone, Tablet-PC oder anderem internetfähigen Endgerät. Häufig wird es auch als Home-Banking bezeichnet. Online-Banking ist das Gegenteil vom Face-to-Face-Banking, bei dem der Bankkunde direkten Kontakt mit einem Bankmitarbeiter in einer Bank (Kreditinstitut) aufnimmt. Bei Online-Banking ist der Kunde nicht an Öffnungszeiten der Bank oder Bankfiliale vor Ort gebunden, sondern kann seine Bankgeschäfte rund um die Uhr zu einer Zeit seiner Wahl erledigen. So kann er zum Beispiel:

- Überweisungen tätigen
- Daueraufträge einrichten
- Lastschriften erteilen
- sich über Möglichkeiten der Geldanlage informieren
- einfache Kreditgeschäfte abschließen
- Informationen über Möglichkeiten der Kreditaufnahme einholen
- Wertpapiere kaufen oder verkaufen

Aus Sicherheitsgründen ist für jede Aktivität nach dem Einloggen mit der Benutzerkennung und der PIN-Eingabe zusätzlich die Eingabe einer Transaktionsnummer, kurz TAN, erforderlich. Statt der dafür bislang üblichen TAN-Listen gibt es mit dem chipTAN-Verfahren eine weiter-entwickelte Möglichkeit, um Bankgeschäfte sicher online zu tätigen. Bei den Volksbanken und Raiffeisenbanken heißt diese Methode Sm@rtTAN plus-Verfahren bzw. Sm@rt-TAN optic-Verfahren.
Trotz der unterschiedlichen Bezeichnungen gilt für alle Verfahren das Zwei-Kanal-Prinzip, das heißt, Online-Banking und TAN-Übermittlung dürfen niemals über ein und dasselbe Gerät laufen.

Eine Unterform des Online-Bankings ist das Mobile-Banking.

ORDER

Auftrag zum Kauf oder Verkauf von Handelsobjekten, z. B. Wertpapieren.

ORDER (KAUF-/VERKAUFSORDER)

Auftrag zum Kauf oder Verkauf einer bestimmten Menge von Handelsobjekten am Kassa- oder Terminmarkt. Die Order erteilt der Investor bei einer Bank oder einem Finanzdienstleister.

Von per annum bis Preis.

P

PER ANNUM

Ist die lateinische Bezeichnung für den Ausdruck „pro Jahr“. Meist wird dafür auch die Abkürzung „p. a.“ benutzt. Die Höhe der Zinssätze von Geldanlagen und Krediten wird zwecks besserer Vergleichbarkeit meist „per annum“ angegeben.

PERFORMANCE-INDEX

In einen Performance-Index gehen die Dividendenzahlungen der in ihm enthaltenen Unternehmen ein. Damit gibt dieser Auskunft über die vollständige Wertentwicklung eines Portfolios. Ein Beispiel für einen Performance-Index ist der DAX.

PIN

Persönliche Identifikationsnummer: Durch ihre Eingabe autorisiert der Kunde bei einem System wie electronic cash/girocard seine Zahlung.

PORTFOLIO

Meint im Finanzwesen „Gesamtheit eines Vermögens“.

PREIS

Tausch- oder Gegenwert für Waren, Dienstleistungen oder Wirtschaftsgüter – in Geldeinheiten ausgedrückt.

PIN

ist eine Nummer, die man z. B. zum Bezahlen mit Girokarte benötigt.

Von Raiffeisen
bis Rücknahmepreis.

R

RAIFFEISEN, FRIEDRICH WILHELM
ist einer der Gründerväter der Genossenschaftsbanken.

RAIFFEISEN, FRIEDRICH WILHELM

Friedrich Wilhelm Raiffeisen ist einer der Gründerväter der Genossenschaftsbanken. Er wurde am 30. März 1818 in Hamm im Westerwald geboren.

Nach einer Ingenieurausbildung in der preußischen Armee wurde der junge Raiffeisen ab 1845 Bürgermeister verschiedener Gemeinden im Westerwald. Im Jahr 1846 gründete er in Weyerbusch den „Verein für Selbstbeschaffung von Brod und Früchten“. In einem von ihm errichteten Backhaus wurde Brot gebacken und an die Bedürftigen verteilt.

1862 entstand in Anhausen die erste nicht karitative, auf Selbsthilfe beruhende landwirtschaftliche Genossenschaft mit Kreditgeschäft. Für den Geldausgleich der kleinen Dorfkassen gründete Raiffeisen erste Zentralkassen. 1877 schuf er den ersten Spitzenverband für die ländlichen Genossenschaften.

RAIFFEISENBANKEN

Kreditgenossenschaften (Spar- und Darlehensvereine), deren Anfänge auf Friedrich Wilhelm Raiffeisen zurückgehen und die einen ländlichen Ursprung haben. Sie sind seit 1972 mit den Volksbanken in einem gemeinsamen Spitzenverband – dem Bundesverband der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken e. V. (BVR) – organisiert. Raiffeisenbanken sind heute genauso wie die Volksbanken Universalbanken.

RATENKREDIT

Wer für größere Anschaffungen Geld braucht, kann von der Bank einen Ratenkredit erhalten. Hier werden eine bestimmte Kreditsumme, ein fester Zinssatz und eine monatliche Rückzahlungsrate vereinbart. Ein Ratenkredit läuft in der Regel über maximal 84 Monate.

REALKREDIT

Wer ein Grundstück, eine Wohnung oder ein Haus kaufen möchte, kann einen Realkredit (Immobilienkredit) bekommen. Ein bestimmtes Eigenkapital muss vorhanden sein; den übrigen Teil der Kaufsumme finanziert die Bank durch Vergabe des Realkredits. Als Sicherheit dient die gekaufte Immobilie. Realkredite können über lange Zeiträume, zum Teil Jahrzehnte, zurückgezahlt werden.

R

RENDITE

Tatsächlicher Jahresertrag (Laufzeitjahr) einer Kapitalanlage – in Prozent des eingesetzten Kapitals ausgedrückt.

RENTABILITÄT

Die Rentabilität einer Vermögensanlage ergibt sich aus deren Ertrag. Zu den Erträgen eines Wertpapiers gehören:

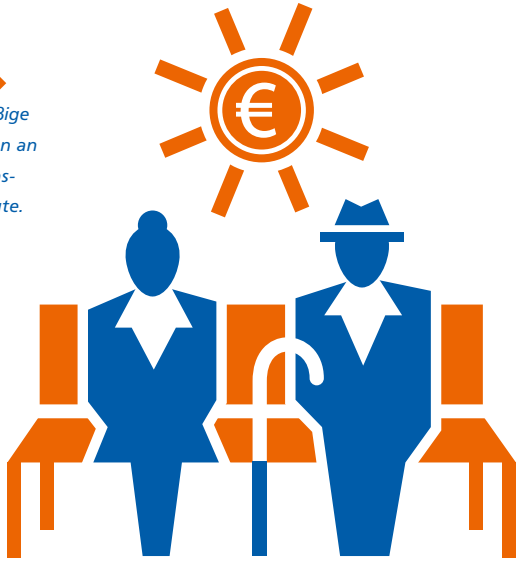
- Zinszahlungen
- Dividendenzahlungen und sonstige Ausschüttungen
- Wertsteigerungen (in Form von Kursveränderungen)

Solche Erträge können dem Anleger je nach Art der Vermögensanlage entweder regelmäßig ausgeschüttet oder angesammelt (thesauriert) werden. Die Erträge können im Zeitablauf gleich bleiben oder schwanken.

Um die Rentabilität verschiedener Wertpapiere – unabhängig von unterschiedlichen Ertragsarten – vergleichen zu können, ist die Rendite eine geeignete Kennzahl.

Die Rentabilität ist neben der Sicherheit und der Verfügbarkeit (Liquidität) eines der Kriterien im sogenannten magischen Dreieck der Geldanlage. Da zwischen diesen Kriterien Zielkonflikte bestehen, ist es wichtig, abhängig von der aktuellen Lebenssituation und den individuellen Anlagezielen die passende Geldanlage auszuwählen.

RENTE
Regelmäßige Zahlungen an Anspruchsberechtigte.



RENTE

Bei einer Rente handelt es sich um regelmäßige, im Regelfall lebenslange Zahlungen an Anspruchsberechtigte. Letztere haben zuvor die Ansprüche durch eigene Beiträge und/oder sonstige Beiträge, zum Beispiel des Arbeitgebers, aufgebaut.

Grundsätzlich werden drei Kategorien von Renten unterschieden:

- Renten aus der gesetzlichen Rentenversicherung, zum Beispiel in Form der Altersrente oder Erwerbsunfähigkeitsrente
- Renten aus einer privaten Altersvorsorge und
- Renten aus einer betrieblichen Altersversorgung

Film

QR-CODE EINSCANNEN UND MEHR ERFAHREN.

VERSTÄNDLICH ERKLÄRT: „ALTERSVORSORGE“

ALLE FILME ONLINE SEHEN AUF **VR.DE**

R

RENTENFONDS

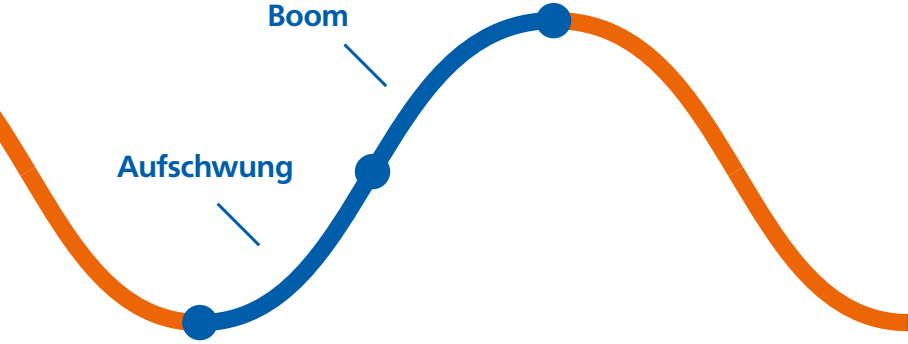
Investmentfonds, die unterschiedliche verzinsliche Wertpapiere enthalten. Im Regelfall ohne feste Laufzeit, sind diese jedoch auch mit zeitlich begrenzter Laufzeit zu erwerben.

REZESSION

Die Rezession, auch als Abschwung bezeichnet, ist eine von vier Konjunkturphasen, die alle zusammen den Konjunkturzyklus, das heißt die wellenförmige Bewegung der wirtschaftlichen Entwicklung einer Volkswirtschaft, darstellen. Die Rezession folgt im Konjunkturzyklus den Phasen des Aufschwungs (Expansion, Erholung) und der Hochkonjunktur (Boom); sie steht vor der Phase des Tiefs (Depression).

Hinweise darauf, in welcher Konjunkturphase sich eine Volkswirtschaft befindet, liefern verschiedene Kenngrößen, die sogenannten Indikatoren. Dabei unterscheidet man:

- Frühindikatoren, die Rückschlüsse auf den künftigen Konjunkturverlauf zulassen: Hierzu zählen beispielsweise die Höhe der Auftragsein-

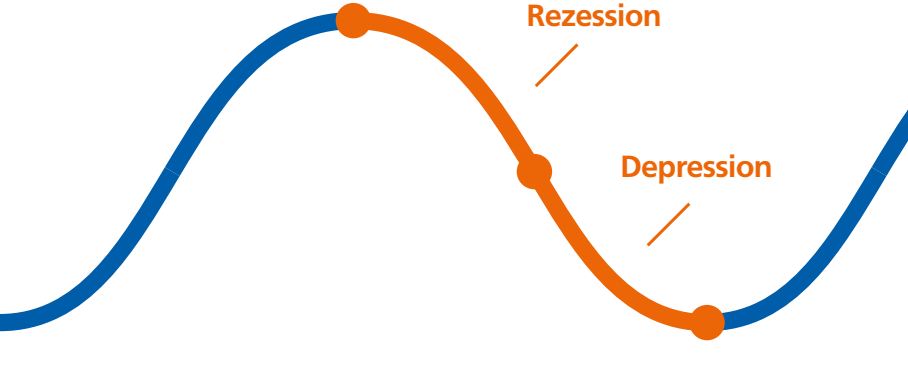


gänge, Lagerbestände, Geschäftsklimaerwartungen von Unternehmen, Kursentwicklungen von Aktien und anderen Wertpapieren und die Veränderung des Zinsniveaus.

- Präsenzindikatoren, die parallel zur Konjunktur verlaufen: Hierzu zählen unter anderem die Umsatzentwicklung der Unternehmen, deren Kapazitätsauslastung und die Höhe der Produktion an Gütern.
- Spätindikatoren, die der Konjunktur hinterherhinken: Dies sind unter anderem Kenngrößen wie das Preisniveau, die Zahl der Arbeitslosen, die Beschäftigtenzahl und die Höhe der Reallöhne.

Die zentralen Indikatoren einer Rezession sind:

- Rückgang der Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen, also weniger Konsum
- Sinken der Aktienkurse
- Rückgang der Auftragseingänge und damit Sinken des Preisniveaus
- Ertragsrückgang bei den Unternehmen, in Folge auch niedrigere Löhne
- Rückgang der Produktion und damit Zunahme der Arbeitslosigkeit aufgrund von Entlassungen



RIESTER

Ist eine seit 2002 bestehende staatlich geförderte, private zusätzliche Altersvorsorge, die nach dem damaligen Bundesarbeitsminister Walter Riester benannt ist. Diese Art der Zusatzvorsorge ist freiwillig und kann in Anspruch genommen werden von:

- Pflichtversicherten in der gesetzlichen Rentenversicherung oder der Alterssicherung der Landwirte
- Beamten, Richtern, Staatsanwälten, Soldaten
- Ehegatten von Berechtigten, die sonst selbst nicht berechtigt wären, wenn sie einen Vertrag abschließen

Dagegen sind nicht rentenversicherungspflichtige Selbstständige sowie geringfügig Beschäftigte, die sich von ihrer Rentenversicherungspflicht befreien lassen, nicht berechtigt, eine Riester-Förderung zu erhalten. Förderfähige Anlageprodukte können insbesondere in folgenden Vertragsformen angeboten werden, nachdem sie von der staatlichen Zertifizierungsstelle auf die gesetzlichen Vertragsvorgaben geprüft worden sind:

- Banksparplan
- Fondssparplan
- Bausparvertrag (Bausparen)
- Rentenversicherung

Für Riester-Verträge gibt es staatliche Zuschüsse und Steuervorteile: Wer vier Prozent seines versicherungspflichtigen Vorjahreseinkommens für die zusätzliche Eigenvorsorge aufwendet, erhält die volle Grundzulage von 154 Euro jährlich (Stand 2013). Weiterhin gibt es zusätzlich eine Kinderzulage je kindergeldberechtigtes Kind. Diese beträgt 185 Euro pro Kind für vor 2008 geborene Kinder und 300 Euro für später geborene Kinder (Stand 2013). Zur Berechnung der Mindesteigenbeiträge werden von den vier Prozent die Zulagen abgezogen.

Mindestens müssen jedoch 60 Euro jährlich eingezahlt werden. Maximal sind 2.100 Euro jährlich, abzüglich der Zulagen, förderfähig.

Einzahlungen auf Riester-Verträge können zusätzlich in der Steuererklärung als Sonderausgaben angegeben werden. Im Fall von Arbeitslosigkeit sind die Verträge bis zum Ruhestand geschützt und müssen nicht aufgelöst werden.

Seit 2008 kann mit dem sogenannten Wohnriester auch die Finanzierung einer selbst genutzten Immobilie über zertifizierte Darlehensverträge steuerlich gefördert werden. Die Tilgungsbeiträge werden dabei wie Altersvorsorgebeiträge angerechnet.

RÜCKNAHMEPREIS

Preis, zu dem Investmentfondsanteile zurückgenommen werden.

Von Saldo bis Stückelung.

S

S

SALDO

Ist ein Begriff aus der Buchhaltung, der im Alltag in wirtschaftlichen Zusammenhängen eine wichtige Rolle spielt. Er taucht unter anderem auf Kontoauszügen, Rechnungen oder Einnahmen-Ausgaben-Plänen auf. Der Saldo beispielsweise auf einem Kontoauszug ist die Differenz zwischen den Einnahmen, also den Gutschriften (Habenbuchung), und den Ausgaben, also Belastungen (Sollbuchung), eines Kontos. Der Saldo ist immer dann wichtig, wenn es darum geht, den Überblick über das Geld zu erhalten, das sich bei Gegenrechnung von Einnahmen und Ausgaben ergibt.

Wenn die Einnahmen die Ausgaben übersteigen, liegt der Saldo im Plus (Haben). Übersteigen aber die Ausgaben die Einnahmen, bewegt sich der Saldo im Minus (Soll), das möglichst schnell ausgeglichen werden sollte. Um den Überblick über die eigenen Finanzen zu behalten und damit eine eventuelle Überschuldung zu vermeiden, empfiehlt sich das Führen eines Einnahmen-Ausgaben-Plans, der zu jeder Zeit erlaubt, den Saldo zu errechnen.

Bei einem Jugendgirokonto kann man übrigens nicht ins Minus geraten; ein Überziehen des auf Guthabenbasis geführten Kontos ist nicht möglich.

SCHECK

Der Scheck ist ein Instrument des bargeldlosen Zahlungsverkehrs.
Er ist eine Urkunde und muss gemäß Scheckgesetz mindestens folgende Bestandteile enthalten:

1. die Bezeichnung „Scheck“ im Text der Urkunde
2. die Anweisung, einen bestimmten Betrag in einer genannten Währung zu zahlen

3. den Namen des bezogenen Kreditinstituts
4. die Angabe des Ausstellungstags
5. die Unterschrift des Ausstellers

Rein rechtlich betrachtet ist der Scheck ein Wertpapier, das an eine bestimmte Form gebunden ist. In Deutschland werden Schecks in der Regel im Format C6 genutzt.

Der Scheck kann beispielsweise zur Begleichung einer Forderung genutzt werden. Der Aussteller übergibt den Scheck an den Empfänger und weist damit gleichzeitig seine Bank an, dem Überbringer des Schecks den auf der Urkunde genannten Betrag auszuzahlen. Zahlt die Bank den Betrag aus, dann belastet sie das Konto des Ausstellers. Die Bedeutung des Schecks hat in der Vergangenheit abgenommen.

SCHULDNERBERATUNG

Dabei handelt es sich um Einrichtungen, die für Menschen mit Schulden oder in einer Situation der Überschuldung Rat und Hilfe anbieten. Dabei kann es sich um eine rechtliche, finanzielle oder psychosoziale Unterstützung handeln. Die Schuldnerberatung ist ein Gebiet der sozialen Arbeit. Sie wird von Kommunen, Wohlfahrtsorganisationen und privaten Organisationen angeboten.

Laut der Bundesarbeitsgemeinschaft Schuldnerberatung gibt es bundesweit rund 1.100 Schuldnerberatungsstellen und ungefähr 1.700 Berater und Beraterinnen. Diese können dabei auf Schuldnerberatung spezialisiert sein oder auch andere Beratungen anbieten.

SCHULZE-DELITZSCH, HERMANN

ist einer der Gründerväter der Genossenschaftsbanken.

SCHULZE-DELITZSCH, HERMANN

Hermann Schulze-Delitzsch wurde am 29. August 1808 im damals preußischen Delitzsch geboren. Schulze-Delitzsch war Jurist und gehörte zu den Gründervätern der Genossenschaftsbanken.

Als Politiker zählte er zu den wichtigsten Vertretern des deutschen Liberalismus. Zunächst gründete er karitative und pädagogische Vereine zur Förderung des kleinstädtischen Lebens. Schulze-Delitzsch wirkte bei der Gründung der ersten Rohstoff-Assoziation für Tischler mit. Ab 1850 entwickelte er ein Prinzip zur Gründung von gewerblichen Kreditgenossenschaften, woraus sich die späteren Volksbanken

entwickelten. 1859 entstand unter seiner Leitung der erste deutsche Bankenverband, der später alle gewerblichen Genossenschaften umfasste. Schulze-Delitzsch formulierte das preußische Genossenschaftsgesetz, auf dem alle internationalen Genossenschaftsgesetze basieren.

SEPA (SINGLE EURO PAYMENTS AREA) – EINHEITLICHER EURO-ZAHLUNGSVERKEHRSRAUM

SEPA ist der einheitliche Euro-Zahlungsverkehrsraum. Mit SEPA wird eine einheitliche europäische Zahlungslandschaft für Eurozahlungen entstehen.

Film

QR-CODE EINSCANNEN UND MEHR ERFAHREN.

VERSTÄNDLICH ERKLÄRT: „SEPA“

ALLE FILME ONLINE SEHEN AUF **VR.DE**

SEPA ist Teil der Umsetzung des EU-Binnenmarkts als Folge der Einführung des Euro und umfasst aktuell 33 Länder. Neben den derzeit 18 Eurostaaten (Stand: Januar 2014) sind alle weiteren EU-Mitgliedstaaten beteiligt. Auch die drei Staaten des Europäischen Wirtschaftsraums (EWR) Island, Liechtenstein und Norwegen sowie zusätzlich Monaco und die Schweiz sind beteiligt.

Die neuen SEPA-Zahlungsverkehrsstandards werden seit 2008 schrittweise eingeführt. Zu den neuen SEPA-Verfahren gehören das SEPA-Überweisungsverfahren sowie die beiden europäischen Lastschriftverfahren SEPA-Basis-Lastschrift (vergleichbar mit der Einzugsermächti-

gungslastschrift) und SEPA-Firmen-Lastschrift (vergleichbar mit der Abbuchungsauftragslastschrift). Damit einher geht die Nutzung der internationalen Bankleitzahl (BIC) und der internationalen Kontonummer (IBAN).

SEPA-BASIS-LASTSCHRIFTVERFAHREN

Das SEPA-Basis-Lastschriftverfahren (SEPA Direct Debit Core) ist das im November 2009 eingeführte neue europäische Lastschriftverfahren für alle Kundengruppen.

Es ähnelt im Wesentlichen dem heutigen deutschen Einzugsermächtigungslastschriftverfahren. Es basiert auf der Nutzung der Kundenkennungen IBAN und BIC statt der Kontonummer und Bankleitzahl.

Genutzt wird es zum Beispiel für die Bezahlung der Telefon-, Strom- oder Gasrechnung innerhalb des gesamten EU-Binnenmarkts. Der Zahlungspflichtige (Zahler) gibt dem Zahlungsempfänger eine schriftliche Erlaubnis (SEPA-Lastschriftmandat), von seinem Girokonto Geldbeträge einzuziehen. Das Lastschriftmandat ist das „SEPA-Lastschriftmandat". Wenn der Zahlungspflichtige mit dem Lastschrifteinzug nicht einverstanden ist, kann er innerhalb einer Frist (zurzeit acht Wochen ab dem Buchungstag) widersprechen. Den Betrag erhält er dann wieder auf seinem Girokonto gutgeschrieben.

SEPA-FIRMEN-LASTSCHRIFTVERFAHREN

Das SEPA-Firmen-Lastschriftverfahren (SEPA Direct Debit B2B) ist das im November 2009 eingeführte neue europäische Lastschriftverfahren im Firmenkundenbereich. Daher können es nur Firmenkunden und Gewerbetreibende nutzen.

Es ähnelt im Wesentlichen dem heutigen deutschen Abbuchungsauftragslastschriftverfahren. Es basiert auf der Nutzung der Kundenkennungen IBAN und BIC statt der Kontonummer und Bankleitzahl. Das Lastschriftmandat ist das „SEPA-Firmen-Lastschriftmandat". Genutzt wird es für Zahlungen im Firmenbereich, zum Beispiel bei Tankstellenketten, um die Rechnung einer Lieferung der Raffinerie zu bezahlen. Es handelt sich im Allgemeinen um höhere Geldbeträge. Der Zahlungspflichtige (Zahler) beauftragt (autorisiert) den Gläubiger und seine kontoführende Bank schriftlich mit dem SEPA-Firmen-Lastschriftmandat, dass ein benannter Zahlungsempfänger, zum Beispiel die Müller AG, Geld von seinem Girokonto einziehen darf. Die Bank des Zahlungspflichtigen (Zahlers) muss dabei bei jeder Lastschrift die Vorlage eines solchen SEPA-Firmen-Lastschriftmandats überprüfen.

Eine Lastschrift mit diesem Verfahren wird nur im Firmenkundengeschäft verwendet, da eine Rückgabe der Buchung (Widerspruch) nicht möglich ist, solange das SEPA-Firmen-Lastschriftmandat existiert.

SICHERUNGSEINRICHTUNG DES BVR

Die Sicherungseinrichtung des Bundesverbands der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken e. V. (BVR) schützt die Einlagen der Kunden bei den ihr angeschlossenen Banken. Unter den Schutz fallen auch die von Mitgliedsbanken ausgegebenen Inhaberschuldverschreibungen. Der Schutz gilt stets zu 100 Prozent und in unbegrenzter Höhe. Damit geht die genossenschaftliche FinanzGruppe bei der Einlagensicherung über den gesetzlich erforderlichen Mindestschutz weit hinaus. Dies ist möglich, weil die BVR-Sicherungseinrichtung seit über sieben Jahrzehnten den sogenannten Institutsschutz erfolgreich praktiziert, der der Einlagensicherung vorgeschaltet ist.

S

SORTEN

Ausländisches Bargeld (Banknoten und Münzen).

SORTENKURS

Der Kurs (Ankauf und Verkauf), den die Banken für Sorten berechnen.

SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT

Ist neben der freien Marktwirtschaft eine weitere idealtypische Variante einer marktwirtschaftlichen Ordnung. Ihr Hauptmerkmal ist die Verbindung des Systems der freien Marktwirtschaft mit der Idee der sozialen Gerechtigkeit: Dabei sind die Prinzipien des freien Marktes und des Wettbewerbs auch in einer sozialen Marktwirtschaft gültig. Lediglich an Stellen, an denen der freie Wettbewerb sozial unerwünschte Folgen nach sich ziehen würde, hat der Staat die Aufgabe, korrigierend und regulierend einzugreifen. Dies kann mit dem Prinzip „So viel Freiheit wie möglich und so viel Staat wie nötig“ umschrieben werden.

In der sozialen Marktwirtschaft ist der Staat verantwortlich:

- dafür zu sorgen, dass der Wettbewerb auf dem Markt funktioniert (Wettbewerbspolitik)
- Beschäftigte und finanziell Schwache durch ein soziales Netz, beispielsweise durch Arbeitslosengeld, Erziehungsgeld oder eine gesetzliche Rente, abzusichern (Einkommens-, Vermögens- und Sozialpolitik)
- Konjunkturschwankungen durch geldpolitische (Geldpolitik) Maßnahmen zu dämpfen (Konjunkturpolitik)
- Aufgaben zu übernehmen, die über den Markt nicht oder nicht ausreichend angeboten werden (zum Beispiel Bildungs- oder Strukturpolitik)

Das Modell der sozialen Marktwirtschaft ist die Wirtschaftsordnung der Bundesrepublik Deutschland. Es wurde nach dem Zweiten Weltkrieg maßgeblich durch Alfred Müller-Armack und Ludwig Erhard geprägt. Die Grundlage bildeten dabei die wirtschaftstheoretischen Vorstellungen des Neoliberalismus und des Ordoliberalismus, insbesondere der Ideen von Walter Eucken und der Freiburger Schule. Während Müller-Armack die Idee und den Begriff der sozialen Marktwirtschaft entwickelte, sorgte insbesondere Ludwig Erhard dafür, dass dieser Begriff Einzug in die Bundespolitik fand und die soziale Marktwirtschaft praktisch umgesetzt wurde.

SPARBUCH

Urkunde über eine Spareinlage, die Kreditinstitute auf den Namen des jeweiligen Kontoinhabers ausstellen. Heute werden Sparurkunden häufig als Loseblatt-Urkunden in Form von Sparkontoauszügen ausgegeben. Dabei stellt der jeweils zuletzt ausgestellte Sparkontoauszug – gegebenenfalls zusammen mit einer dazugehörigen Sparkarte oder einem Loseblatt-Hefter – die Sparurkunde dar.

Film

QR-CODE EINSCANNEN UND MEHR ERFAHREN.

VERSTÄNDLICH ERKLÄRT: „VERMÖGEN“

ALLE FILME ONLINE SEHEN AUF **VR.DE**

S

SPARERPAUSCHBETRAG

Mit Sparerpauschbetrag ist die im Einkommensteuerrecht geltende Höchstgrenze gemeint, bis zu der Sparer Erträge aus Kapitalvermögen steuerfrei vereinnahmen dürfen. Jedem Anleger steht ein Sparerpauschbetrag von 801 Euro zu. Ehegatten, die zusammen veranlagt werden, steht ein gemeinsamer Sparerpauschbetrag von 1.602 Euro zu. Zur Berücksichtigung im Kapitalertragsteuerverfahren ist die Erteilung eines Freistellungsauftrags gegenüber der Bank erforderlich.

SPARPLAN

Unter einem Sparplan versteht man eine regelmäßige Zahlung eines bestimmten Geldbetrags zur Ansammlung eines Vermögens. Sparpläne existieren in verschiedenen Formen, so als Banksparplan oder Investmentfondssparplan.

STUDIENKREDIT

Die KfW-Förderbank vergibt Studienkredite mit niedrigen Zinssätzen. Der Kredit wird in monatlichen Raten von 100 bis maximal 650 Euro ausgezahlt und ist einkommens- und elternunabhängig. Die Rückzahlung beginnt 6 bis 23 Monate nach Auszahlungsende. Studienkredite können über viele Banken vor Ort beantragt werden.

STÜCKELUNG

Nominalwertreihung einer Banknoten- und Münzserie. Die Stückelung der Euro-Banknoten beträgt zum Beispiel 5, 10, 20, 50, 100, 200 und 500 Euro.

STUDIENKREDIT

ist ein Kredit mit niedrigen Zinssätzen zur Finanzierung des Studiums.

Von Tagesgeldkonto bis Termingeld.

T

TAGESGELDKONTO

Verzinstes Konto ohne Kündigungsfrist, auf das man täglich zugreifen kann und bei dem der Zinssatz nicht fest vereinbart ist, sondern flexibel angepasst werden kann.

TAN

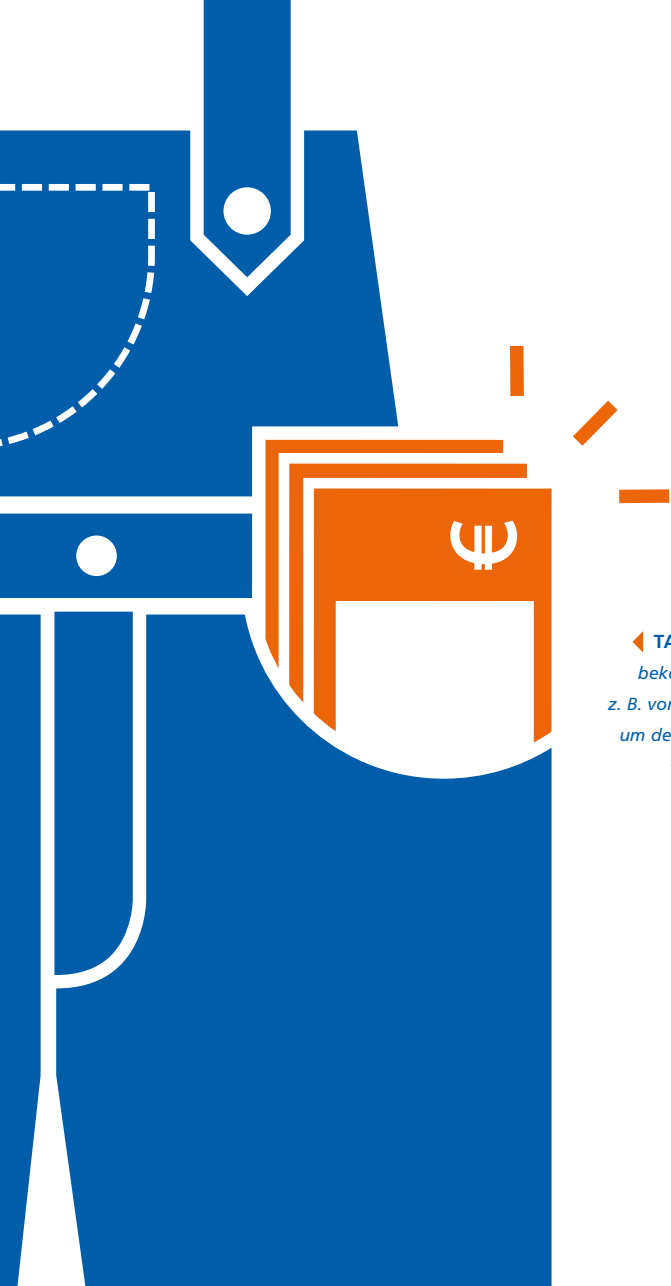
Die Transaktionsnummer (TAN) erfüllt die Funktion eines Passworts und wird normalerweise im Online-Banking benutzt.

TASCHENGELD

Das Geld, das zum Beispiel Eltern ihren Kindern zur freien Verfügung geben. Mit dem Taschengeld können die Kinder und Jugendlichen einen verantwortungsvollen Umgang mit Geld, beispielsweise das Ersparen von Geldbeträgen, lernen.

TERMINGELD

siehe Festgeld

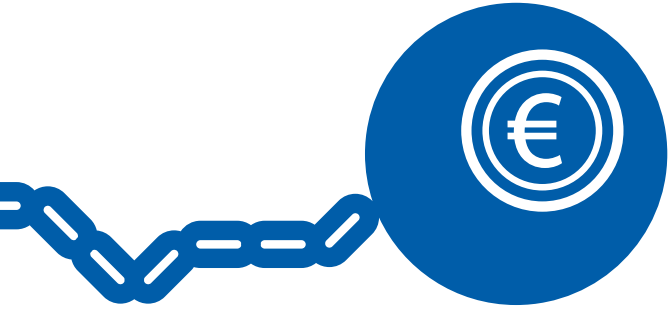


TASCHENGELD
bekommt ein Kind z. B. von seinen Eltern, um den Umgang mit Geld zu lernen.

Von Überschuldung bis Unternehmensanleihe.

U

ÜBERSCHULDUNG
beschreibt den Zustand, wenn die Summe der Ausgaben die Summe der Einnahmen übersteigt.



ÜBERSCHULDUNG

Damit wird ein längerfristiger Zustand beschrieben, bei dem nach Abzug der benötigten finanziellen Mittel für den grundlegenden Lebensbedarf der verbleibende Rest nicht ausreicht, um alle Zahlungsverpflichtungen pünktlich zu erfüllen. Die Summe der Ausgaben übersteigt die Summe der Einnahmen. Von einer Überschuldung können Privatpersonen aller Altersgruppen, Unternehmen oder auch Staaten betroffen sein.

Die häufigsten Gründe für eine Überschuldung bei Privatpersonen sind nach dem Institut für Finanzdienstleistungen e. V.:

- Arbeitslosigkeit, reduzierte Arbeit
- Scheidung/Trennung

- Konsumverhalten
- gescheiterte Selbstständigkeit
- Krankheit

Für überschuldete Privatpersonen bieten Schuldnerberatungsstellen Unterstützung, um wieder den Weg zurück in ein schuldenfreies Leben zu finden. Wichtig ist in diesem Zusammenhang auch, dass bei sich abzeichnenden Zahlungsschwierigkeiten eine schnelle Kontaktaufnahme mit den Gläubigern erfolgt, um gegebenenfalls auf dieser Ebene bereits mögliche Lösungsansätze zu entwickeln.

Eine weitere Einrichtung, die in Überschuldung geratene Personen berät und auch Informationen zum Schutz vor Überschuldung anbietet, ist die Stiftung „Deutschland im Plus“ (www.deutschland-im-plus.de). Verschiedene Initiativen von Genossenschaftsbanken greifen im Rahmen von Finanzbildungsprojekten unter anderem das Thema Überschuldungsprävention auf.

ÜBERWEISUNG

Die Überweisung ist eine sehr gebräuchliche Form der bargeldlosen Zahlung. Eine Überweisung ist ein Auftrag des Kontoinhabers (Kunde) an seine Bank. Dieser Auftrag beinhaltet die Verpflichtung der Bank, auf Veranlassung des Kunden von seinem Girokonto eine bestimmte Geldsumme dem Konto eines Dritten gutschreiben zu lassen. Die Überweisung stellt somit die buchmäßige Übertragung einer Geldsumme zwischen zwei Bankkonten dar.

U

UMSATZ
beschreibt den Verkaufspreis einer Ware oder Leistung multipliziert mit der Anzahl der Verkäufe.

Die Menge der verkauften Produkte oder erbrachten Dienstleistungen multipliziert mit dem Verkaufspreis je Stück oder je Leistung.

UNIVERSALBANK

Das Universalbankprinzip kennzeichnet das deutsche Bankenwesen. Universalbanken bieten zahlreiche Bankdienstleistungen an und können unter anderem Risiken in den einzelnen Geschäftssparten besser als spezialisierte Institute ausgleichen. Zu den Universalbanken gehören Kreditgenossenschaften, Privatbanken und Sparkassen.

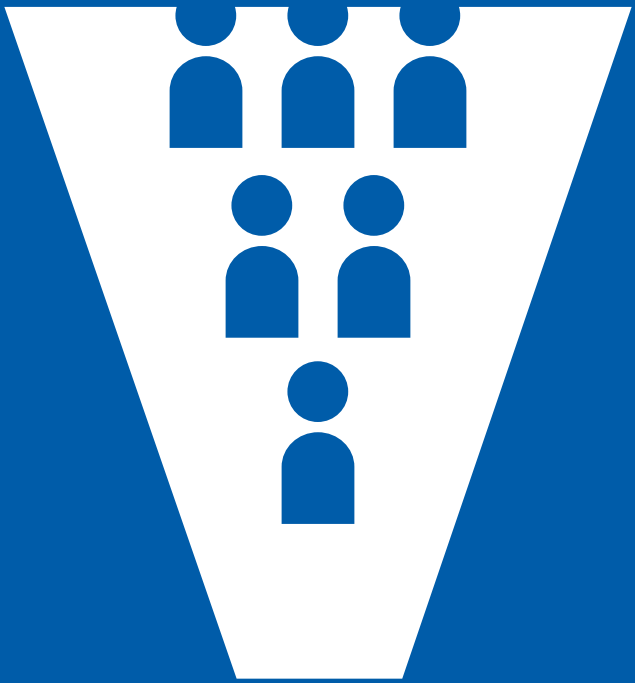
UNTERNEHMEN

Eine Wirtschaftseinheit, in der Sachgüter hergestellt oder Dienstleistungen bereitgestellt werden.

UNTERNEHMENSANLEIHE

Zur Beschaffung von Fremdkapital geben Unternehmen sogenannte Unternehmensanleihen (englisch: Corporate Bonds) heraus. Diese Finanzierungsquelle bietet die Möglichkeit, hohe Kapitalbeträge zu langen Laufzeiten aufzunehmen. Das geliehene Kapital ist zurückzuzahlen und zu verzinsen.

Von Versicherung
bis Volksbanken.



VERSICHERUNG

Versicherungen mindern finanzielle Risiken, die durch zukünftige und unvorhersehbare Ereignisse wie Krankheit, Unfall, Arbeitsunfähigkeit oder Arbeitslosigkeit entstehen können.

Man unterscheidet zwischen Pflichtversicherungen, die vom Gesetzgeber vorgeschrieben sind, und freiwilligen Versicherungen. Zu den Pflichtversicherungen zählt in erster Linie die gesetzliche Sozialversicherung mit den fünf Versicherungszweigen:

- Rentenversicherung
- Krankenversicherung
- Pflegeversicherung
- Arbeitslosenversicherung
- Unfallversicherung

Ihre Leistungen sind durch Gesetze festgelegt. Die Finanzierung erfolgt zum größten Teil über die Beiträge der Arbeitnehmer und Arbeitgeber. Eine Ausnahme bildet die Unfallversicherung: Sie wird allein vom Arbeitgeber finanziert. Die Beiträge der gesetzlichen Sozialversicherung werden nach dem Solidarprinzip ermittelt: Wer mehr hat, zahlt bis zu einer bestimmten Obergrenze, der sogenannten Beitragsbemessungsgrenze, höhere Beiträge. Damit unterstützt er die, die weniger einzahlen können. Lediglich bei Geldleistungen wie Renten, Krankengeld und Arbeitslosengeld gilt auch das Äquivalenzprinzip, wonach höhere Beiträge auch höhere Leistungsansprüche begründen.

Neben den Pflichtversicherungen gibt es freiwillige Versicherungen. Sie decken jene Risiken ab, die nicht durch die gesetzliche Sozialversicherung abgedeckt sind. Die Leistungen werden hier in einer Versicherungspolice schriftlich festgehalten.

So bietet eine private Unfallversicherung beispielsweise Schutz zu Hause und in der Freizeit, denn das Risiko für einen Unfall ist besonders in der Freizeit groß.

Die private Haftpflichtversicherung ist eine Versicherung gegen Schäden, für die man als Schädiger haftet. Sie schützt vor zahlreichen Schadensersatzansprüchen, die andere gegen einen erheben könnten und die dazu führen könnte, dass man über einen langen Zeitraum, möglicherweise sogar bis an sein Lebensende, dafür zahlen müsste. Kinder bis zum 18. Lebensjahr sind dabei noch über die Haftpflichtversicherung der Eltern abgesichert und darüber hinaus auch noch, wenn sie sich in der Schul- oder Berufsausbildung befinden.

Schäden, die durch Haustiere versursacht werden, sind nicht in der privaten Haftpflichtversicherung, sondern in der privaten Tierhalterhaftpflichtversicherung abgesichert.

Eine Ausnahme in den privaten Versicherungen stellt die Kfz-Haftpflichtversicherung dar. Da die Folgen eines Unfalls so groß sein können, dass der Verursacher ein Leben lang dafür bezahlen müsste, ist der Abschluss einer Kfz-Versicherung für all diejenigen Pflicht, die ein Mofa, Motorrad oder Auto besitzen.

Um für das Alter vorzusorgen und die Lücke zwischen dem letzten Arbeitsverdienst und der gesetzlichen Rente zu schließen, kommt neben der Basisrente eine private Rentenversicherung oder eine Kapitallebensversicherung in Betracht. Letztere dient dabei nicht nur der Altersvorsorge, sondern sichert auch Familienangehörige ab.

V

VOLKSBANKEN

Kreditgenossenschaften (Vorschussvereine) städtischen/gewerblichen Ursprungs, deren Entstehung eng mit Hermann Schulze-Delitzsch verbunden ist. Volksbanken sind seit 1972 mit den Raiffeisenbanken in einem gemeinsamen Spitzenverband – dem Bundesverband der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken e. V. (BVR) – organisiert.

Film

QR-CODE EINSCANNEN UND MEHR ERFAHREN.

VERSTÄNDLICH ERKLÄRT: „DIE GENOSSENSCHAFTLICHE IDEE“

ALLE FILME ONLINE SEHEN AUF **VR.DE**

Film

QR-CODE EINSCANNEN UND MEHR ERFAHREN.

VERSTÄNDLICH ERKLÄRT: „MULTI-BANKING – IMMER DORT, WO SIE SIND “

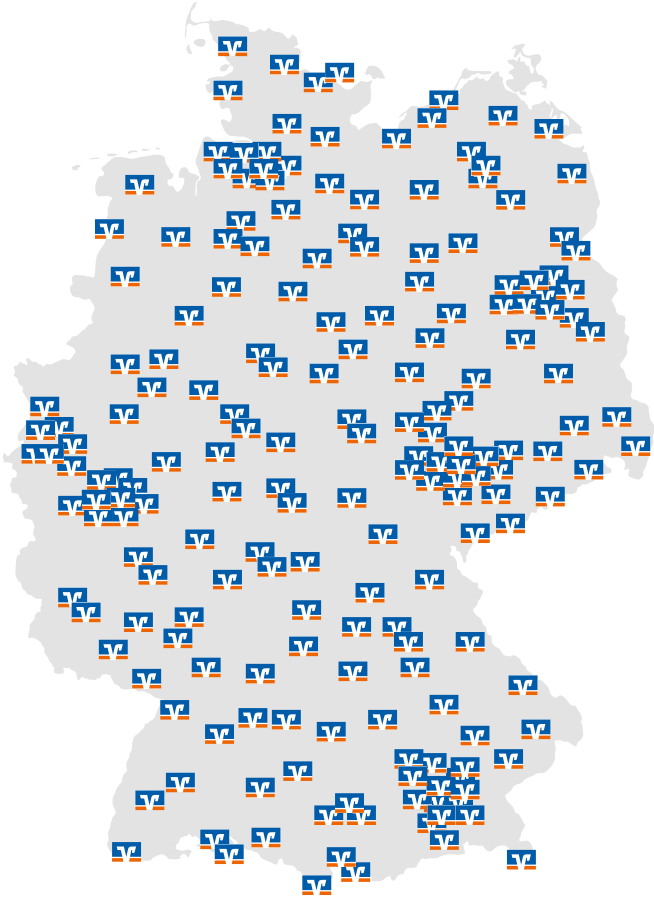
ALLE FILME ONLINE SEHEN AUF **VR.DE**

Film

QR-CODE EINSCANNEN UND MEHR ERFAHREN.

VERSTÄNDLICH ERKLÄRT: „GENOSSENSCHAFTLICHE FINANZGRUPPE VOLKSBANKEN RAIFFEISENBANKEN“

ALLE FILME ONLINE SEHEN AUF **VR.DE**



VOLKSBANKEN RAIFFEISENBANKEN

sind Kreditgenossenschaften, die in einem Spitzenverband organisiert sind.

Von Währung bis Wirtschaftskrise.

W

WÄHRUNG

Hoheitlich geordnetes Geldwesen eines Staates oder Gebiets mit allen Regelungen zur Sicherung der Geldwertstabilität.

WÄHRUNGSANLEIHE

Anleihe, die in einer anderen als der Landeswährung des Emittenten herausgegeben wird.

WÄHRUNGSREFORM

Gesetzliche Neuordnung des Geldwesens eines Landes oder Einführung einer neuen Währung. Eine Währungsreform führt zu einer Veränderung des Geldwerts.

WÄHRUNGSRESERVEN

Bestände der Zentralbank an Gold und Devisen, die zu Devisenmarktinterventionen oder zur Finanzierung von Zahlungsungleichgewichten zum Beispiel mit dem Ausland genutzt werden.

WECHSELKURS

Umtauschverhältnis zweier Währungen.

WELTBANK (AUCH WELTBANKGRUPPE)

Die Weltbank oder Weltbankgruppe hatte nach dem Zweiten Weltkrieg die Aufgabe, den Wiederaufbau kriegsgeschädigter Staaten zu finanzieren. Heute ist die gemeinsame Kernaufgabe der Institutionen der Weltbank, wirtschaftlich weniger entwickelte Mitgliedstaaten durch finanzielle und technische Hilfe sowie Beratung zu fördern. Dies geschieht vor allem durch die Vergabe von zinslosen, langfristigen Krediten oder durch umfassende Reformprogramme.

WELTBANK
vergibt zinslose, langfristige Kredite zur Unterstützung von wirtschaftlich schwachen Staaten.

W

WELTBANKGRUPPE

siehe Weltbank

WERTPAPIER

Urkunde, die bestimmte Rechte verbrieft, zum Beispiel die Miteigentümerschaft an einem Unternehmen. Zu Wertpapieren können Aktien, Anleihen und Investmentanteile gezählt werden.

WIRTSCHAFTSKRISE

kann die ganze Weltwirtschaft erfassen und stört deren Entwicklung.

WERTPAPIERBÖRSE

Markt, an dem regelmäßig Wertpapiere gehandelt werden. Die wichtigsten Wertpapierbörsen der Welt sind die New York Stock Exchange sowie die Börsen in London und Tokio. Deutschlands größte Wertpapierbörse befindet sich in Frankfurt am Main. Die größte Rohstoffbörse der Welt ist in Chicago.

WIRTSCHAFTSKRISE

Lang andauernde Störung der wirtschaftlichen Entwicklung, die einzelne Wirtschaftsbereiche, eine nationale Wirtschaft oder die gesamte Weltwirtschaft erfassen kann.

Von Zahlungsbilanz bis Zinseszinsen.

Z

ZAHLUNGSBILANZ

Die Zahlungsbilanz dokumentiert für einen bestimmten Zeitraum alle wirtschaftlichen Transaktionen zwischen einer Volkswirtschaft und dem Ausland. Die gesamte Zahlungsbilanz wird nach dem Prinzip der doppelten Buchführung geführt und ist immer ausgeglichen. Sie setzt sich aus mehreren Teilbilanzen zusammen, die ihrerseits nicht ausgeglichen sein müssen.

ZAHLUNGSVERKEHR

Die Teilnahme am modernen Wirtschaftsleben erfordert ein Leisten und Empfangen von Zahlungen. Als Zahlung bezeichnet man die Übertragung von Geld in jeder Form. Die Gesamtheit aller Zahlungsvorgänge bildet den Zahlungsverkehr. Man unterscheidet dabei zwischen Barzahlung und bargeldloser Zahlung.

ZENTRALBANK (AUCH NOTENBANK)

Die Zentralbank eines Staates ist für die staatliche Geld- und Währungspolitik verantwortlich. Zu den Aufgaben einer Zentralbank zählt es, die Preisniveau- und Geldwertstabilität zu gewährleisten.

ZAHLUNGSVERKEHR
Gesamtheit aller Zahlungsvorgänge.

ZINS

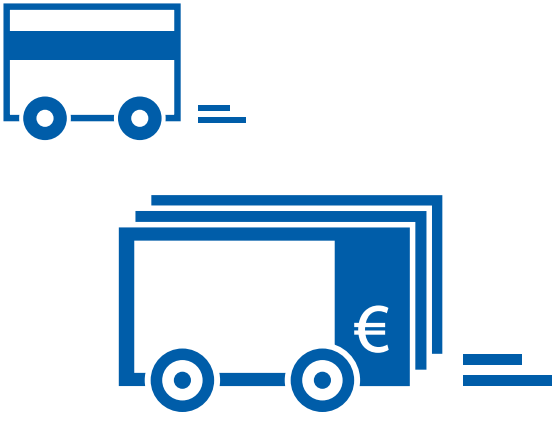
Preis für geliehenes Kapital, den der Schuldner dem Gläubiger zahlt.

ZINSNIVEAU

Das Zinsniveau gibt eine Orientierung über die durchschnittliche Höhe der Zinssätze in einer Volkswirtschaft. Ein zentraler Zinssatz ist der Leitzins der Europäischen Zentralbank (EZB). Beeinflusst wird das Zinsniveau beispielsweise vom Konjunkturverlauf oder durch die Preisentwicklung.

ZINSESZINSEN

Zinsen, die für am Ende einer Periode nicht ausgezahlte und zusammen mit dem Ursprungskapital erneut angelegte Zinsen gezahlt werden.



Index

A

ab S. 8

- Abbuchungsauftrag
- Abbuchungsauftrags-lastschriftverfahren
- Abgeltungsteuer
- Abschwung
- Aktie
- Aktiengesellschaft (AG)
- Aktienkurs
- Altersvorsorge
- Anlage (Geldanlage)
- Anleihe (auch festverzinsliches Wertpapier)
- Anteilschein
- Ausschüttung

B

ab S. 18

- Bank (Kreditinstitut)
- Bankenaufsicht
- Bankensystem
- Bank Identifier Code (BIC)
- Bankkarte
- Bankleitzahl (BLZ)
- Bargeld
- bargeldloser Zahlungsverkehr
- Barreserve
- Bausparen
- Bausparkassen
- Bilanz
- Börse
- Börsenkurs
- Börsenpreis
- Bonität
- Briefkurs
- Bruttoinlandsprodukt (BIP)
- Bundesanstalt für Finanzdienstleistungs-aufsicht (BaFin)
- Bundesbank
- Bürgschaft

C

ab S. 30

- Cash
- chipTAN-Verfahren

S

ab S. 34

- Darlehen
- Dauerauftrag
- Debitkarte
- Deflation
- Deutsche Bundesbank
- Deutscher Aktienindex (DAX)
- Devisen
- Devisenmarkt
- Dispositionskredit
- Dividende
- Dollar

E

ab S. 40

- ec-Karte
- Einlagen
- Einlagensicherung
- Einnahmen
- Einzugsermächtigung
- Einzugsermächtigungslastschriftverfahren
- Euro
- Europäische Währungsunion (EWU)
- Europäische Zentralbank (EZB)
- Euroraum

F

ab S. 46

- Festgeld
- Finanzierung
- Finanzkrise
- Finanzmarkt
- Fondsanteil
- freie Marktwirtschaft
- Freistellungsauftrag

G

ab S. 52

- Garantiefonds
- Geld
- Geldfunktionen
- Geldkarte
- Geldmenge
- Geldpolitik
- Genossenschaft

- genossenschaftliche Beratung
- Genossenschaftliche FinanzGruppe Volksbanken Raiffeisenbanken
- Genossenschaftsanteil
- Genossenschaftsbanken
- Gewinn
- girocard
- Girokonto

ab S. 62
- Home-Banking
- Hypothek

ab S. 66
- Inflation
- Inhaberschuldverschreibungen
- Institutsschutz
- International Bank Account Number (IBAN)
- Investmentfonds (auch Fonds)
- Investmentgesellschaft (auch Fondsgesellschaft, Kapitalanlagegesellschaft)

ab S. 72
- Jugendgirokonto

ab S. 76
- Kapital
- Kapitalmarkt
- Kartenzahlung
- Kaufkraft
- Konto
- Kontonummer
- Kredit
- Kreditgenossenschaft
- Kreditkarte
- Kurs

ab S. 82
- Lastschrift
- Leitzins
- Liquidität

ab S. 86
- magisches Dreieck
- Markt
- Mindestreserve
- Mitgliedschaft (in einer Genossenschaftsbank)
- Mobile-Banking
- mobileTAN-Verfahren
- Münzregal
- Münzwert

ab S. 92
- Nachfrage
- Nennwert (Nominalwert)
- Neuemission
- Nominalwert

ab S. 96
- Online-Banking
- Order (Kauf-/ Verkaufsorder)

ab S. 100
- per annum
- Performance-Index
- PIN
- Portfolio
- Preis

ab S. 104
- Raiffeisen, Friedrich Wilhelm
- Raiffeisenbanken
- Ratenkredit
- Realkredit
- Rendite
- Rentabilität
- Rente
- Rentenfonds
- Rezession
- Riester
- Rücknahmepreis

S

ab S. 114
- Saldo
- Scheck
- Schuldnerberatung
- Schulze-Delitzsch, Hermann
- SEPA (Single Euro Payments Area) – einheitlicher Euro-Zahlungsverkehrsraum
- SEPA-Basis-Lastschriftverfahren
- SEPA-Firmen-Lastschriftverfahren
- Sicherungseinrichtung des BVR
- Sorten
- Sortenkurs
- soziale Marktwirtschaft
- Sparbuch
- Sparerpauschbetrag
- Sparplan
- Studienkredit
- Stückelung

T

ab S. 126
- Tagesgeldkonto
- TAN
- Taschengeld
- Termingeld

Ü

ab S. 130
- Überschuldung
- Überweisung
- Umsatz
- Universalbank
- Unternehmen
- Unternehmensanleihe

V

ab S. 136
- Versicherung
- Volksbanken

ab S. 142
- Währung
- Währungsanleihe
- Währungsreform
- Währungsreserven
- Wechselkurs
- Weltbank
  (auch Weltbankgruppe)
- Weltbankgruppe
- Wertpapier
- Wertpapierbörse
- Wirtschaftskrise

ab S. 148
- Zahlungsbilanz
- Zahlungsverkehr
- Zentralbank
  (auch Notenbank)
- Zins
- Zinsniveau
- Zinseszinsen

11 Stärken, die uns einzigartig machen:

1. Wir sind unabhängig.
Wir gehören unseren Mitgliedern und sonst niemandem. Keine Aktionäre, keine Spekulanten, keine Investmentgesellschaften reden uns rein. Auch nicht der Staat.

2. Wir sind mitgliederverpflichtet.
Wir gehören nur unseren Mitgliedern. Und nur ihnen und ihren Zielen sind wir als Genossenschaftsbank verpflichtet.

3. Wir nehmen's persönlich.
Maschinen können Menschlichkeit nicht ersetzen. Deshalb beraten wir Sie persönlich, fair, partnerschaftlich und auf Augenhöhe.

4. Wir sind nah.
Über 1.100 Volksbanken Raiffeisenbanken mit über 13.000 Bankstellen und 19.200 Geldautomaten sorgen dafür, dass wir überall vor Ort sind.

5. Wir übernehmen Verantwortung.
Für Ihre Ziele. Denn wir wollen mit Ihnen langfristig erfolgreich zusammenarbeiten. Deshalb tun wir alles für Ihren Erfolg.

6. Wir sind Partner des Mittelstands.
Wir sind selbst Mittelstand. Und verstehen deshalb umso besser das mittelständische Geschäftsmodell, das geprägt ist von persönlicher Verantwortung und Engagement.

7. Wir sind stabil und sicher.
Als einzige Bankengruppe haben wir der vergangenen Finanzkrise ohne einen einzigen Cent Staatshilfe (= Steuergeld) getrotzt. Und noch nie hat einer unserer Kunden seine Einlagen verloren.

8. Wir sind demokratisch.
Bei uns bestimmen unsere Mitglieder den Kurs ihrer Bank. Ganz demokratisch, jeder mit einer Stimme. Wenn Sie Mitglied sind, auch Sie!

9. Wir sind eine starke Gemeinschaft.
Statistisch ist jeder fünfte Deutsche Mitglied einer Genossenschaftsbank – über 17 Millionen Menschen allein in Deutschland.

10. Wir sind engagiert.
Wir arbeiten in der Region für die Regionen. Und engagieren uns darüber hinaus, z. B. mit rund 140 Millionen Euro Spenden im Jahr 2010.

11. Wir sind bestens vernetzt.
Wir haben ständigen Zugriff auf die Expertise und Leistungen unserer Partner in der Genossenschaftlichen FinanzGruppe Volksbanken Raiffeisenbanken. Deshalb können wir Ihnen jederzeit maßgeschneiderte Produkte für Ihre individuelle Lebenssituation bieten.

IMPRESSUM

Vertrieb:
Deutscher Genossenschafts-Verlag eG
Leipziger Straße 35
65191 Wiesbaden
Art.-Nr. 715311
12/2013

Druck und Verarbeitung:
Görres-Druckerei und Verlag GmbH
Niederbieberer Straße 124
56567 Neuwied

Konzeption, Gestaltung:
EAT, SLEEP + DESIGN GmbH
Reichenberger Straße 104, 10999 Berlin
www.anddesign.de

Redaktion und Herausgeber:
Bundesverband der Deutschen
Volksbanken und Raiffeisenbanken · BVR
Bereich Marketing
Abteilung Markenkommunikation
Marc Weegen und Carolin Dobe
Schellingstraße 4, 10785 Berlin
www.bvr.de

FSC
www.fsc.org
MIX
Papier aus verantwortungsvollen Quellen
FSC® C092559